

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
**J. A. Klings.**  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Zeile-Milano-Platz 8  
Druckanschrift: Cepadenß

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 30. Sept. 1932.

THE. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Igel und Hase.

SPD. Jedermann kennt die lustige Geschichte vom Hasen und Swinegel, die einen Wettlauf veranstalteten, wobei schliesslich der leichtfüssige Hase vom listigen Igel hineingelegt wurde.

Aber es gibt noch eine andre Geschichte von dem gleichen Paar. Sie ist nicht weniger lustig und hat den Vorzug, sehr aktuell zu wirken, obschon sie bereits bei Wilhelm Busch in unübertrefflich launigen Bildern dargestellt ist. Der Hase sitzt behaglich in einer Baumwurzelhöhle, als der Igel ihm hilfesuchend naht: "Bitt schön, du hast doch noch soviel Platz, während ich friere. Rück doch ein wenig zur Seite und lass mich wärmen." Der Hase tats, liess den Igel zu und ahnte nichts böses. Aber kaum hatte er Platz genommen, begann der Igel seine Stacheln auszustrecken und gab nicht eher nach, bis der Hase angst-erfüllt aus dem Neste flüchtete und das Weite suchte.

An diese Geschichte wird man lebhaft erinnert, wenn man das gegenwärtige Verhältnis der "nationalen Opposition" von Harzburg betrachtet. Jahrelang haben die Deutschnationalen ihre schützenden Fittiche über den ungebärdigen Nazi-Igel gehalten. Jeder Wahlerfolg, den das Hakenkreuz erzielte, wurde in der Hugenberg-Presse mit betonter Wahrheitswidrigkeit als "Sieg der nationalen Opposition" gefeiert, selbst wenn Hitler 75 % der Hugenberg-Stimmen aufgesogen hatte. "Nationale Opposition" war das Schlagwort, das alle unzufriedenen Kleinbürger mit Hoffnung auf eine "autoritäre Staatsführung" erfüllen sollte, die ihnen ihre eigene Verantwortung für den Staat glücklich abnehmen würde. "Nationale Opposition" war das Schlagwort von Harzburg, an dem sich die Stahlhelm-Hasen von Seldte-Düsterberg bis Oberfohren-Hugenberg wärmten. Hiess es doch in dem "Manifest von Harzburg" vom 11. Oktober 1931 so begeistert und begeisternd:

"Die nationale Front, einig in ihren Parteien, Bünden und Gruppen, von dem Willen beseelt, gemeinsam und geschlossen zu handeln..."

"Geächtet ist jeder, der unsere Front zersetzen will.... Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen nationalen Opposition gebildet werden sollte, muss mit unserer Gegnerschaft rechnen."

Damals strahlten sie alle, die Uniform- und die Zylinderträger der "Harzburger Front". Ein neues Zeitalter schien anzubrechen, besonders, wenn jeder "geächtet" wurde, der anderer Meinung sein sollte. Stolz berichteten Hugenbergs Gazetten über den Harzburger Aufmarsch, besonders über eine Rede des "vaterländischen" Graf von der Goltz:

"Noch nie ist in einer deutschen Versammlung das gemeinsame Auftreten zweier Männer für das Ziel einer gemeinsamen Aktion so stürmisch, so ehrllich, so aus innerster Herzensfreude begrüsst worden, wie hier das Erscheinen von Hugenberg und Hitler... Wer in Zukunft die nationale Opposition spalten will, den betrachtet die vaterländische Bewegung als Schuft."

Aber noch sind keine zwölf Monate ins Land gegangen, da besteht die "nationale Front" fast nur noch aus (im Sinn von Goltz) "Schuften". Der Igel,

den der Hase so hilfsbereit an seinen Busen drückte, erwies sich auch ihm alles was er immer gewesen, ein - Stacheltier. Er hat seine Stacheln jetzt so rücksichtslos gebraucht, dass der deutschnationale Hase fluchtartig die warme Höhle der "nationalen Opposition" verlassen musste. Wo Stahlhelmer und deutschnationale Papen-Gläubige jetzt auftreten, werden sie von den stachlige braunen Gesellen des Höhlengenossen niedergeschrien, niedergeknüppelt und (mit Stinkbomben) ausgeräuchert, als wenn sie zur - "Kommune" gehörten.

Aber das liesse sich ja zur Not noch ertragen. Denn was da in Versammlungen so harzburgisch behandelt wird, ist ja schliesslich nur die "misera plebs contribuens", die missachtete mit Stimmen zahlende Masse. Aber die Hitlerstacheln dringen tiefer und treffen den Papenmann Hugenberg an seiner empfindlichsten Stelle, am Profit. Der Boykottbefehl, den der Propagandachef Goebbels gegen alle Hugenberg-Blätter erliess, die ausdrückliche Aufforderung diese Blätter weder zu abonnieren noch zu lesen, ist dem Triumphator von Harzburg dermassen in die Glieder gefahren, dass er durch das Gericht dem Goebbel unter Androhung einer Strafe von 300 000 Mark in jedem Falle, verbieten liess, den Boykottbefehl weiterhin zu verbreiten.

Aber trotz dieses Gerichtsbeschlusses ist der "nationalen Front" nicht ganz wohl. Denn es ist hinlänglich bekannt, dass die so lange gehätschelte Stachelgesellschaft nicht durch "einstweilige Verfügungen" von ihrer Unart abzubringen ist. Der Sünder Goebbels legt den Fall denn auch schon dahin aus, dass "Nazis durch Gerichtsbeschluss deutschnational gemacht" werden sollten! Wobei er unvorsichtig zugibt, dass die von Hitler so bevorzugten "einstweilige Verfügungen" eigentlich garnichts wert seien, denn sie ergingen "nicht etwa auf Grund erschöpfender Sach- und Rechtsdarstellungen der Parteien", sondern nur auf Grund "einseitiger eidesstattlicher Verfügungen".

Mit dieser Bemerkung hat der Propagandachef sicher recht, denn das trifft auch auf die Eidesstattlichkeit der Hitler-Angaben zu. Im Uebrigen aber bietet der Kampf zwischen dem deutschnationalen Hasen und dem Nazi-Igel ein erbauliches Schauspiel: So schnell wie die Harzburger Front durch "Schufte (im Sinne von Goltz) zertrümmert wurde, so schnell wird der ganze "nationale" Spuk verfliegen, sobald erst einmal den arbeitenden Massen in Stadt und Land klar geworden ist, von welchen Ehreännern das Volk auf Harzburger Weise irregeführt worden ist. Aber dann haben weder der Hase noch der Igel etwas zu lachen....!

SPD. Paris, 30. September (Eig. Drahtb.)

Arbeitsminister Dalimier hat in einer Unterredung dem Vertreter der "Liberté" über den Beschluss des Internationalen Arbeitsamts, eine Konferenz zur allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich, erklärt: "Das Problem der 40stündigen Arbeitszeit ist ein internationales Problem, gegen dessen Durchführung wir keine Einwendung erheben. Die Regierung kann im übrigen nicht von vornherein eine Anregung ablehnen, die imstande ist, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Frankreich wird an der vom Internationalen Arbeitsamt einberufenen Konferenz teilnehmen. Aber abgesehen von diesen etwas fernliegenden Lösungen muss sofort etwas Wirksames gegen die Arbeitslosigkeit unternommen werden. Ich bereite zurzeit einen Plan für die Ausführung grösser öffentlicher Arbeiten vor, bei dem vor allem die Gegenden berücksichtigt werden sollen, in denen die Arbeitslosigkeit am grössten ist. Man muss aber nicht nur der Zahl der Arbeitslosen Rechnung tragen, sondern auch ihrem Beruf, damit die Arbeiter in nutzbringender Weise verwendet werden können."

SPD. Dresden, 30. September (Eig. Dr.)

Wie wir erfahren, hat das sächsische Volksbildungs-Ministerium die höheren Schulen und die Bezirksschulämter ermächtigt, den Ausfall oder die Verkürzung der Herbstferien gegen eine entsprechende Verlängerung der Weihnachtsferien auf Antrag zu genehmigen, wenn dies zur Ersparung von Heizstoff für die Schule erforderlich ist. Diese Regelung gilt sinngemäss auch für die gewerblichen Schulen. In Chemnitz hat das Schulamt schon entschieden, dass die Herbstferien verkürzt werden sollen. Zum Ausgleich sollen die Weihnachtsferien um 6 Wochentage verkängert werden.

-----

SPD. Karlsruhe, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

In zweitägiger Verhandlung kam vor dem Schöffengericht in Freiburg i/Br. ein Prozess zum Austrag, in dem der nationalsozialistische Betriebszellenleiter Plattner wegen Beleidigung des früheren Reichsministers Dr. Wirth angeklagt war. Plattner hatte in öffentlicher Versammlung behauptet, Dr. Wirth habe dauernd die besetzten Gebiete verpfändet. Er bezeichnete in diesem Zusammenhang den Minister als Leihhaus-Minister. Ausserdem behauptete Plattner, Dr. Wirth habe auf der zweiten Haager Konferenz bei der Frage der Sanktionen Frankreich das Recht zuerkannt, im Falle einer Verletzung des Vertrages durch Deutschland ohne die Einwilligung der übrigen Vertragsmächte die Besetzung vorzunehmen zu dürfen bzw. Sanktionen zu verhängen. Dr. Wirth sei deshalb ein Landesverräter.

Wirth, der als Nebenkläger zugelassen war und dem von der Reichsregierung Aussageerlaubnis erteilt war, erklärte als Zeuge, dass er niemals ein solches Zugeständnis gemacht habe. Er habe nur der Einzelmacht das Klagerecht vor dem Schiedsgericht zugestanden und zwar in der begründeten Auffassung, dass dadurch die deutschen Interessen besser vertreten werden könnten. Wirth legte das gesamte umfangreiche Aktenmaterial über die damaligen Verhandlungen im Haag vor. Auf Grund dieser Darlegungen verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen. In der Begründung des Urteils wird darauf verwiesen, dass der vom Angeklagten angebotene Wahrheitsbeweis misslungen sei. Es könne niemals behauptet werden, dass Dr. Wirth pflichtwidrig gehandelt habe. Das Gericht habe eine Gefängnisstrafe ausgesprochen, da es nicht angehe, in einer solchen Form und Art über leitende Staatsminister sich auszulassen. Es sei leicht möglich, dass solchen verwilderten Auslassungen auch tätliche Beleidigungen folgen können.

-----

SPD. Braunschweig, 30. Sept. (Eig. Dr.)

Am Freitag erschien wiederum ein Gerichtsvollzieher in Begleitung eines Polizeibeamten und 3 SS-Führern in den Räumen der Redaktion des "Volksfreund", um sämtliche Schränke und Schreibtische nach Geheimrundschriften der Braunschweiger SA durchzusuchen. Die Durchsuchung verlief vollständig ergebnislos. Da jetzt zwei einstweilige Verfügungen bestehen, kann der "Volksfreund" bis zum 17. Oktober kein Braunschweiger Geheimmaterial der Nazis mehr veröffentlichen. An diesem Tage ist Termin vor der vierten Zivilkammer des Landgerichts Braunschweig, da der "Volksfreund" Widerspruch erhoben hat. Der "Volksfreund" kündigt aber an, dass er mit der Veröffentlichung von Geheimrundschriften aus dem Bräunen Haus in München fortfahren wird. Gleichzeitig fordert er seine "ehrenamtlichen Mitarbeiter" aus den Reihen der SS und SA auf, ihm weiterhin Material aus der Braunschweiger Bewegung zur Verfügung zu stellen.

-----

SPD. Köln, 30. September (Eig. Bericht)

Während die sozialdemokratischen Wahlversammlungen im Rheinlande schon jetzt, noch sechs Wochen vor der Wahl, gewaltige Besucherzahlen aufweisen und oft überfüllt sind, ist in den Versammlungen der Nationalsozialisten gährende Leere. In Aachen war ihre letzte Versammlung im grossen Saale des Westparks halbleer. Die Arbeiter fehlten völlig. In Kerpen bei Köln im Braunkohleng Gebiet, einem Orte von 4200 Einwohnern, waren in eine Naziversammlung noch nicht zehn Leute gekommen. In der letzten nationalsozialistischen Betriebszellenversammlung in Godesberg waren ganze drei Mann erschienen. Hier haben sich übrigens ein Selbstmord und ein Selbstmordversuch von SA-Leuten ereignet, die zu denken geben. Vor acht Tagen schied der SA-Mann, früherer Oberleutnant Förster durch Gasvergiftung aus dem Leben, angeblich wegen Liebeskummer. Am Sonntag hat sich, wie erst jetzt bekannt wird, der junge SA-Mann Fedler, der mit Förster auf der Geschäftsstelle der SA zusammen tätig war, im Geschäftszimmer ebenfalls durch Gas zu vergiften versucht.

-----

SPD. Düsseldorf, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Eine vom ADGB am Freitag nach Düsseldorf einberufene Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre Rheinlands und Westfalens beschäftigte sich mit der Notverordnung der Regierung Papen.

Heinig-Berlin erläuterte den wirtschaftspolitischen Teil. Er bezeichnete die Steuergutscheine als eine Kreditbeschaffung origineller Art, bei deren Schaffung man zwar bewusst das Etatrecht und die Reichsschuldenverwaltung, aber auch die Gefahr einer Inflation habe vermeiden wollen. Vom sozialistischen Standpunkt aus gesehen könne eine Konjunkturbelebung nur durch Erhöhung der Massenkaukraft erfolgen. Aufträge der öffentlichen Hand auf dem Gebiete des Kleinstwohnungsbaues, des Strassenbaues und des Elektrizitätsverteilungsnetzes würden diese Massenkaukraft erst schaffen helfen. Die reaktionäre Revolution seit dem Sturze Brünnings, deren erste wirtschaftliche Tat die Papensche Notverordnung sei, stehe jedoch auf dem Standpunkt, dass zur Ankurbelung der Wirtschaft die Hergabe von Geld an die Unternehmer gehöre. Die Frage, ob die vorgesehenen 1,5 Milliarden in der Wirtschaft, vor allem auf dem Arbeitsmarkt fruchtbar würden, wurde von Heinig sehr skeptisch beurteilt. Auch vom privatkapitalistischen Standpunkt aus lasse sich die Gefahr einer nutzlosen Verschleuderung von Staatsgeldern durch diesen absolut spekulativen Schritt der Regierung Papen nicht leugnen. Denn die Hoffnung auf eine Konjunktur sei angesichts der ungelösten Kriegsschuldenfrage, der Handelsfeindschaft im Volke, der autarkischen Bestrebungen und der Rüstungsprobleme sehr problematisch. Die letzten Monate hätten eine solche Änderung der politischen Machtverhältnisse und eine solche Restauration des Kapitalismus gebracht, dass dieser sich auch über einen Fehlschlag auf Kosten der Arbeiterschaft hinweg retten könnte. Den Gewerkschaften erwachse daraus die Pflicht, sich wieder auf ihre Uraufgaben zu besinnen und dafür auf das Äusserste zu kämpfen.

Anschliessend wurden die sozialpolitischen Auswirkungen der Notverordnung von Nörpel-Berlin in rechtlicher und gewerkschaftstaktischer Hinsicht besprochen. Er war mit der Versammlung der Auffassung, dass die einseitigen Eingriffe in die Arbeiterrechte in jeder Beziehung unhaltbar und untragbar sind; die Aufhebung der Vertragstreue müsse zu unabsehbaren Konsequenzen führen. Die Gewerkschaften vertreten die Ansicht, dass die Uebertragung der Diktaturgewalt vom Reichspräsidenten auf die Reichsregierung und die Eingriffe in die Unabdingbarkeit der Tarifverträge verfassungsmässig unzulässig sei. Sie würden daher die Rechte ihrer Mitglieder entschieden wahrnehmen. Es gelte aber auch, sich ausserdem auf die Kämpfe nach Ablauf der geltenden Tarifverträge vorzubereiten. Die Gewerkschaften würden allen weiteren Bestrebungen zum Lohnabbau

jeden möglichen Widerstand entgegensetzen. An Tarifverträgen, die keine erträglichen Lebensbedingungen mehr gewährleisteten, und an einem Schlichtungswesen, das sich nur gegen die Arbeiter richte, hätten die Gewerkschaften kein Interesse. Es gelte, für die kommenden Lohnkämpfe zu rüsten, vor allem die Reihen der Gewerkschaften zu stärken.

-----

SPD. Frankfurt/M., 30.Sept. (Eig.Dr.)

Die 41.Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Bäderverbandes findet zurzeit in Bad Kreuznach statt. Unter Leitung des Vorsitzenden des Verbandes, Dr. Hess-Wiesbaden, beraten 150 Delegierte, wie der Notlage der deutschen Bäder gesteuert werden könnte. Es sprachen bisher Syndikus Georg Schmidt über Organisationsfragen, Legationsrat Dr. Davidson vom Auswärtigen Amt in Berlin über die Bedeutung des deutschen Fremdenverkehrs und Dr. Engelmann-Kreuznach über die Bedeutung der deutschen Bäder für die Volksgesundheit.

-----

SPD. Wetzlar, 30.Sept. (Eig.Drahtb.)

Der Oberpräsident der Rheinprovinz erlässt aus Anlass des Uebergangs des Kreises Wetzlar an die Provinz Hessen-Nassau eine Abschiedskundgebung der rheinischen Behörden. Am Donnerstag-Nachmittag trat der Kreisausschuss des Kreises Wetzlar zu seiner letzten Sitzung zusammen und verabschiedete sich mit einer Kundgebung, in der der Dank des Kreises für die Förderung durch Regierungstellen zum Ausdruck gebracht und betont wird, dass die neue Ordnung ein Opfer darstelle, das dem Allgemeinwohl gebracht werden müsse. Am Samstag treffen sich Vertreter des Oberpräsidenten in Kassel und des Regierungspräsidenten in Wiesbaden mit den zuständigen Verwaltungsstellen in Wetzlar zur Regelung des Uebergangs an Hessen-Nassau.

-----

SPD. Rendsburg, 30.Sept. (Eig.Drahtb.)

In Barlohe unterhalten die Nazis unter dem Firmenschild der "christlichen Nothilfe" einen freiwilligen Arbeitsdienst, zu dessen Leiter der Nationalsozialist Sommer bestellt wurde, obgleich dieser saubere Marxistenfresser schon recht oft vor Gericht gestanden hatte und wiederholt verurteilt worden ist. Jetzt wurde der Arbeitsdienstleiter Sommer vom Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in seiner Eigenschaft als Führer des freiwilligen Arbeitsdienstes seine Kameraden um einige hundert Mark betrogen hat. Bei der Dickfälligkeit, mit der Sommer seine Unterschlagungen vor Gericht zugab, und in Anbetracht des ellenlangen Vorstrafenregisters ist der Nazibetrüger noch immer recht gut davongekommen.

-----

SPD. Frankfurt/M., 30.Sept. (Eig.Dr.)

Die Stadt Hanau steht vor der Einstellung der Wohlfahrtszahlungen. Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag hatte sich fast ausschliesslich mit Anträgen der Fraktionen über Hilfsmassnahmen für die in Fürsorge stehenden Personen zu befassen. Einstimmig angenommen wurde eine Entschliessung, in der die Stadtverordnetenversammlung die Aufmerksamkeit der Staatsregierung aufs Neue auf die unhaltbaren Zustände lenkt, die sich für die Stadt Hanau aus der unzureichenden Berücksichtigung ergeben. Obwohl Hanau mit seiner Erwerbslosenziffer an der Spitze in Preussen steht, seien seit Monaten aus dem Notfonds des Staates Mittel nicht mehr nach Hanau geflossen.

-----

SPD. Die Bestrebungen, für die bevorstehende Reichstagswahl einen "Block der Mitte" zu schaffen, in dem alle Splitterparteien ausserhalb des Zentrums vereinigt werden sollten, sind endgiltig gescheitert. Die Volkspartei hat sich wieder von Hugenberg ins Schlepptau nehmen lassen und die Christlich-Sozialen wollen allein sterben, ohne sich mit anderen dabei zu belasten. Da die Demokraten für sich allein auch keinen "Block" bilden können, ist die ganze "Mitte" wieder in jeweils glänzender Isolierung.

-----

SPD. Wien, 30. September (Eig. Drahtb.)

Anlässlich des Gautages der Hakenkreuzler gab es am Freitag in Wien Zusammenstösse, die schliesslich mit einem blutigen Tumult im Gemeinderat endeten.

Die Hakenkreuzler, die durch den Misserfolg ihrer Tagung und dadurch, dass in den Strassen Wiens fast nur Leute mit den drei Pfeilen zu sehen waren, nervös wurden, zogen nachmittags ihre Leute von dem sozialdemokratischen Verbandsheim in Mariahilf zusammen. Sie überfielen das Heim. Es kam zu einer schweren Prügelei zwischen ihnen und sozialdemokratischen Schutzbündlern. Es sind auch mehrere Schüsse gefallen, von denen allerdings niemand getroffen wurde. Im Laufe der Zusammenstösse wurden mehrere Schutzbündler und Hakenkreuzler verwundet. Schliesslich wurden die Nazis von den Schutzbündlern davon gejagt. Unter den Hakenkreuzlern, die bei diesem Zusammenstoss beteiligt waren, befand sich auch der Führer der Wiener Hakenkreuzler, der nationalsozialistische Gemeinderat Frauenfeld. Dieser ging nun mit der nationalsozialistischen Gemeinderatsfraktion ins Rathaus, wo am Freitag die erste Gemeinderatsitzung der Herbstsession stattfand. Im Sitzungssaal benahmen sich die Hakenkreuzler äusserst provozierend. Sie forderten, dass wegen der Zusammenstösse in Mariahilf die Sitzung abgebrochen werde. Als einer der Hakenkreuzabgeordneten im offenen Saal eine Hundepeitsche zog, sprangen die Sozialdemokraten von ihren Sitzen, stürzten auf die Hakenkreuzabgeordneten los und schlugen sie buchstäblich aus dem Saal hinaus. Es herrschte ein ungeheurer Tumult. Stühle und Tintenfässer flogen gegen die Abgeordneten und in wenigen Minuten war der Sitzungssaal von den Hakenkreuzabgeordneten vollkommen gesäubert. Einige der Naziabgeordneten wurden bei der Prügelei unerheblich verletzt.

-----

SPD. Brüssel, 30. September (Eig. Dr.)

Die deutsche Regierungsdelegation, die in den verschiedenen Hauptstädten über die Kontingentierung der Einfuhr nach Deutschland zu verhandeln hat, ist am Freitag in Brüssel angekommen und hat die Besprechungen im belgischen Ausserministerium sofort aufgenommen. Die deutschen Delegierten wiesen auf die schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft hin und verlangten die Kontingentierung der belgischen Ausfuhr besonders in Garten- und Molkereiprodukten auf etwa 50 Prozent der in der zweiten Hälfte des Jahres eingeführten Menge. Es handelt sich dabei besonders um Kohl, Obst, Blumen, Butter und Käse. Die Kontingentierung soll für drei Monate gelten und nach Ablauf jedesmal für drei Monate verlängert werden können. Die belgischen Regierungsvertreter stellten Einzelfragen und machten eine Reihe von Bemerkungen. Die Beratungen wurden am Sonnabend vertagt. Man hofft, sie dann zu einem Abschluss bringen zu können.

Da Belgien vor kurzem die Einschränkung der Einfuhr deutscher Kohlen entgegen den Bestimmungen des Handelsvertrages verlangte und bei der deutschen Regierung weitgehendes Entgegenkommen fand, so ist anzunehmen, dass nun auch die belgische Regierung trotz der schweren Lage der belgischen Landwirtschaft dem deutschen Verlangen Zugeständnisse machen wird.

-----



SPD. Köln, 30. September (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische "Westdeutsche Beobachter" erteilt seinen Lesern in einigen Artikeln einen Unterricht im Schlagen und Prügeln. Dabei müssen "die alten deutschen Raufer" auferstehen, über deren Können auf dem besagten Gebiet u.a. folgendes festgestellt wird:

"Wie beim modernen Jiu-Jitsu, so spielt auch im alten Ringen der Ellenbogen zum austeilen von Stößen auf das Kinn, in die Zähne, in den Magen, in die Herzgegend oder an die Rippen eine nicht geringe Rolle. Sogar der Kopf wird zu Stößen in den Magen, Unterleib und auch in das Gesicht benützt, insbesondere wenn der Gegner bereits am Boden liegt, bedient man sich der Bearbeitung des gegnerischen Gesichts mit dem Kopf nach Belieben. Genau so bekannt in der fürchterlichen Wirkung wie jetzt waren bei unseren Vorfahren die häufig tödlich verlaufenen Stösse mit dem Knie und Tritte gegen den Unterleib. Das Reißen an den Haaren war früher, wo man diese lang trug, begreiflicherweise mehr in Übung als jetzt. Trotzdem empfehlen wir, sich damit vertraut zu machen, denn man weiss nicht wie man es brauchen kann. Wenn man auch, der damaligen Empfehlung die Ausübung dieses Handgriffes heute nicht mehr recht nachahmen kann, nämlich die Haare fest um die Hand zu wickeln."

Am Schluss des letzten Unterrichtsbriefes heisst es: "Das Zudrücken des Kehlkopfes hindert den Gegner am Atmen und macht ihn so kampfunfähig. Die Raufer haben deshalb auf diese Ausführung ihrer Kunst die grösste Sorgfalt verwandt. Es gibt die verschiedensten Möglichkeiten, mit beiden Händen, mit einer Hand, mit dem Handgelenk, mit den Unterarmen, mit dem Ellenbogen und sogar die Kniegelenke benutzt man zur Ausführung dieses Tricks. Jeder, der gerade in diesem Punkt schon Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit hatte, wird zugeben müssen, dass die Wirkung eines gut sitzenden Kehlkopfgriffes in den meisten Fällen geradezu überraschend ist. Ein kurzer gar nicht sehr starker Druck genügt oft, um den Gegner ohnmächtig zu machen."

Ja, und wer von der SA hätte noch nicht in diesem Punkt schon Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit gehabt. War es doch auch ein Schlag gegen den Kehlkopf, den die Freunde des Naziblattes seinerzeit dem Abg. Otto Wels beibrachten. Jedenfalls beweist dieser Unterricht im Schlagen und Prügeln, dass in der nationalsozialistischen Presse Mord und Totschlag immer wieder anempfohlen werden.

SPD. Der Abschluss der Reichspost für das Jahr 1931/32 weist Einnahmen in Höhe von rund 915 Millionen Mark auf. Damit fehlen zur Erreichung des Voranschlags rund 215 Millionen Mark. Das Defizit entspricht ungefähr der Ablieferung der Reichspost an das Reich, die mit 226 Millionen Mark angegeben wird. Der Zuwachs auf der Aktivseite macht rund 140 Millionen Mark aus gegenüber 90 Millionen Mark im Vorjahre.

Das abfallende Ergebnis bei der Reichspost dürfte sich nicht nur aus der Krisenzeit erklären. Schuld trifft wohl auch die unbegreifliche Preispolitik der Reichspost. Wir wollen dabei nur an die hohen Telefonmieten erinnern. Der Telegrammverkehr ging gegenüber dem vorigen Jahr um 20,4 % zurück, der Briefverkehr um 8,3 % und der Fernsprechverkehr (Zahl der Gespräche) um 6,5 %.

SPD. Düren, 30. September (Eig. Drahtb.)

Die Erwerbslosenunruhen in Düren, über die wir am Donnerstag berichteten, haben ihre Ursache in der Herabsetzung der Unterstützungssätze für die Wohlfahrtsempfänger von 12 bis 15 Prozent. Einer Abordnung der Gewerkschaften hat der Landrat in Düren zugesagt, bei der Regierung für den Wegfall der Unterstützungskürzungen einzutreten.

SPD. Paris, 30. September (Eig. Dr.)

Seit einigen Tagen sind in Paris Gerüchte von einem Skandal in der französischen Flugzeugindustrie verbreitet, in den auch Beamte des Luftministerium verwickelt sein sollen. Das Luftministerium hat vor kurzem dazu ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem vor der Weiterverbreitung derartiger Gerüchte, die durch die Veröffentlichung verdächtiger Dokumente hervorgerufen seien, gewarnt und erklärt wurde, dass ein gerichtliches Verfahren gegen Unbekannt wegen Anfertigung und Benutzung falscher Papiere eingeleitet worden sei.

Am Donnerstag hat nun ein Pariser Mittagsblatt gemeldet, dass ausser diesem Verfahren, das sich nur auf eines der fraglichen Dokumente beziehe, ein anderes Verfahren wegen Beamtenbestechung aufgrund der anderen Dokumente, die von Sachverständigen als authentisch bezeichnet worden sind, angestrengt worden sei. Die "Liberté" teilt am Freitag mit, worum es sich bei diesem Skandal handelt. Nach Angabe der Zeitung wird der Direktor einer Aktiengesellschaft die Flugzeugmotoren für das Luftministerium baut, beschuldigt, die Mehrheit der Aktien an eine deutsche Firma verkauft zu haben. Damit würden Fabrikationsgeheimnisse, die die Landesverteidigung interessieren, an Deutschland ausgeliefert. Aus den Mitteilungen der beiden Zeitungen scheint also hervorzugehen, dass Beamte des Luftministeriums von dem Direktor der betreffenden Firma Schweigegelder erhalten haben. Die "Liberté" fordert den Luftminister auf, die volle Wahrheit in der Angelegenheit zu suchen, um eine Wiederholung derartiger Attentate gegen die Sicherheit zu verhindern.

=====

SPD. Kassel, 30. September (Eig. Drahtb.)

Vor der Grossen Strafkammer in Kassel hatten sich am Freitag die SS-Leute Petri und Häger wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung regte der Verteidiger, der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Freisler, an, die Öffentlichkeit auszuschliessen wegen Gefährdung der Staatssicherheit. Der Staatsanwalt beantragte auch, die Öffentlichkeit auszuschliessen. Das Gericht aber verhandelte öffentlich und so kamen wiederum liebliche Dinge aus der Nazi-Partei zur Sprache, die der Verteidiger gern hinter verschlossenen Türen abgetan hätte.

Der Hauptverteidiger Petri war Angestellter einer Sprengstoff-Verkaufsgesellschaft. Er erhielt im Februar 1931 durch den Standartenführer und Landtagsabgeordneten Verne den Befehl, Sprengstoff zu beschaffen. Verne erbot sich die nötigen Papiere nachzuliefern. Er wollte auch den Sprengstoff bezahlen. Bei der Ausführung des Befehls war jedoch der Standartenführer nicht dabei, sondern er überliess die gefährliche Arbeit dem Mitangeklagten Häger, der als Sprengmeister den Sprengstoff ausgehändigt erhielt. Es handelt sich um 100 kg Ammonelatine, die zunächst bei einer Möbelfirma eingelagert wurde. Als Verne sein Versprechen nicht einlöste und weder die Papiere noch Geld brachte, setzte ihn Petri unter Druck dadurch, dass er ihm drohte, er werde der Firma Meldung machen. Dadurch liess Verne sich veranlassen, den Sprengstoff wieder herauszugeben, und so wurde er eines Nachts zurückgeschafft. Der Rücktransport erfolgte in dem Wagen des Sturmführers Vogt, der erst kürzlich wegen Waffendiebstahls bei der Kasseler Schupo verurteilt worden ist.

Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Die Verteidigung machte dieselbe Ausrede wie schon beim Waffendiebstahl, nämlich dass die Angeklagten des Glaubens gewesen wären, sie könnten den Sprengstoff einmal gegen den äusseren Feind gebrauchen. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je einem Jahr Gefängnis, wobei zum Ausdruck kam, dass der Haupttäter zweifellos der Landtagsabgeordnete Verne sei, der infolge seiner Immunität immer noch für die Justizbehörden unerreichbar ist.

=====



SPD. Paris, 30. September (Eig. Dr.)

Wie der "Paris Soir" aus Genf meldet, sollen in der nächsten Woche offiziöse Verhandlungen zwischen Ministerialdirektor Posse vom Reichswirtschaftsministerium und Ministerialdirektor Elbel vom französischen Handelsministerium über eine Revision des deutsch-französischen Handelsvertrages und neue Kontingentierungsmassnahmen eingeleitet werden. Der französische Vertreter habe Ministerialdirektor Posse bereits in Stresa eine schriftliche Darlegung der französischen Wünsche überreicht, die Posse der Reichsregierung auseinandergesetzt habe. Die Stellungnahme der Reichsregierung zu diesen Wünschen solle die Basis zu den offiziösen Verhandlungen in Genf bilden.

-----

SPD. Der Reichsminister der Finanzen hat eine Verordnung zur Senkung der Steuerzinsen erlassen. Durch die Verordnung werden für die Zeit vom 1. Oktober 1932 ab die Aufschubzinsen und die Stundungszinsen gesenkt. Bei den Aufschubzinsen, die bei Zöllen und bei der Umsatz-Ausgleichsteuer erhoben werden, wird der Zinsfuss von bisher acht vom Hundert auf fünf vom Hundert jährlich herabgesetzt. Für die Stundungszinsen, die sich bisher auf fünf bis acht vom Hundert beliefen, wird der Zinsfuss auf fünf vom Hundert jährlich herabgesetzt

-----

SPD. Paris, 30. September (Eig. Drahtb.)

Hayas meldet aus Genf, dass die in englischen Zeitungen verbreiteten Gerüchte, wonach deutsch-französische Verhandlungen über eine innerhalb von zehn Jahren durchzuführende Rüstungsgleichheit im Gange seien, nach Auskünften von autorisierter Seite jeder Begründung entbehrten.

-----

SPD. London, 30. September (Eig. Drahtb.)

Der Umbau der englischen Regierung ist vollendet und die neuen Minister sind vom König bestätigt worden. Die offizielle Lesart, die Baldwin am Freitag im Rundfunk verbreitete, und die Anschauung der konservativen Presse ist, dass es sich um einen Umbau von Details handelt, während die Struktur des Gebäudes, nämlich das Prinzip der Nationalregierung sich nicht geändert habe. Selbst der Umstand, dass der Konservative Baldwin jetzt zwei Ministertitel trägt, gibt den Konservativen kein grösseres Übergewicht, zumal beide Ministerposten solche ohne Portefeuille sind. Baldwin wird das unter der Labourregierung dem Lordsiegelbewahrer zugewiesene Amt eines Ministers zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht wieder aufleben lassen. Bei der Verteilung der kleineren Ministerposten ist Sorge dafür getragen, dass die Simon-Liberalen als einzige liberale Gruppe, die noch regierungstreu ist, reichlich berücksichtigt wurden.

Zu den unmittelbarsten Aufgaben der Nationalregierung gehört auch die Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich in der Abrüstungsfrage. Der erste Versuch vor einigen Wochen ist fehlgeschlagen, wie das am Freitag wieder durch Neuraths Äusserungen deutlich wird. Die englische Meinung in England ist ziemlich einmütig in der Kritik der Unzulänglichkeit des englischen Versuchs. Aber jetzt ist es Zeit, so sagt die "Times", einen neuen Anlauf zu machen. Die unmittelbare Aufgabe der englischen Regierung sei zu entscheiden, welche deutschen Forderungen konzidiert werden, ohne dass die Abrüstung dadurch in Frage gestellt werde und die deutschen Delegierten zur Konferenz zurückzubringen. Die Kabinettsitzung, die am Freitag-Nachmittag stattfand, hat sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt.

-----

SPD. Genf, 30. September (Eig. Dr.)

Nach einer fast einjährigen Pause trat am Freitag die Europa-Kommission wieder einmal zusammen, um zu dem Ergebnis der Konferenz von Stresa Stellung zu nehmen. Da es gleichzeitig die erste Sitzung seit dem am 7. März erfolgten Tod des seitherigen Präsidenten Briand war, widmete Vizepräsident Motta-Schwe dem Andenken Briands nochmals einen begeisterten Nachruf, für den Herriot im Namen der französischen Delegation dankte. Durch Zuruf wurde darauf Herriot auf Vorschlag Mottas zum Präsidenten gewählt.

Der Präsident der Konferenz von Stresa, George Bennet, gab einen ausführlichen Bericht über die Ergebnisse dieser Tagung, die er als ein Werk der Solidarität bezeichnete. Alle Staaten müssten zusammenarbeiten; isoliert brächten sie enorme aber vergebliche Opfer. Mit einer schwachen freiwilligen Bemühung aller sei der Wiederaufbau sicher. Er bat um die Billigung der 27 versammelten Staaten für diese Abkommen, die das augenblickliche höchstmögliche Ausmass von Verständigung darstellten, sowie um endgültige Regelung der technischen Einzelheiten für die Organisation des Gemeinschaftsfonds, aus dem sowohl die beiden Subventionen als auch die Anleihen für die osteuropäische Agrarwirtschaft geleistet werden sollen. Die Oststaaten brachten eine Entschliessung ein, die das Ergebnis von Stresa als Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs anerkennt, es der Weltwirtschaftskonferenz überweist, die Einsetzung eines Finanzkomitees für den Gemeinschaftsfonds beantragt und die in Stresa vertretenen Staaten zum Abschluss zweiseitiger Handelsverträge im Rahmen des Konferenzergebnisses auffordert. Das Finanzkomitee soll bis zum 15. November Bericht erstatten, damit die endgültigen Beschlüsse zur Inkraftsetzung der beiden Valorisierungen von der Europa-Kommission auf ihrer Dezembertagung gefasst werden könnten.

Die Aussprache wurde auf Sonnabend-Nachmittag vertagt. Wie man hört, wird Litwinow gegen die Pläne von Stresa Stellung nehmen.

-----

SPD. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat eine einstweilige Verfügung gegen den "Angriff" und dessen Herausgeber, Dr. Josef Goebbels, erwirkt. In der Verfügung wird den Genannten "bei Vermeidung einer vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe untersagt, den Parteibefehl vom 22. September 1932, beginnend mit den Worten "Die sogenannten bürgerlich-nationalen Zeitungen..." sowie den im "Angriff" vom 24. September und 27. September 1932 im Zusammenhang mit dem vorbezeichneten Parteibefehl veröffentlichten Aufruf, soweit hierdurch die deutschen Tageszeitungen betroffen werden, weiter zu verbreiten, sowie Erklärungen zu veröffentlichen oder zu verbreiten, welche einen wirtschaftlichen Boykott gegen die deutschen Tageszeitungen, soweit sie nicht als nationalsozialistische Organe anzusprechen sind, enthalten, oder boykottähnlichen Charakter tragen."

-----

SPD. London, 30. September (Eig. Drahtb.)

Im Parlament von Nordirland kam es am Freitag zu einer sensationellen Szene. Als der Präsident dem einzigen sozialistischen Abgeordneten eine Aussprache über das Arbeitslosenproblem verweigerte, erhob sich dieser, ergriff die Mace, das Wahrzeichen der Parlamentswürde, und warf es als Zeichen seines Protestes in die Ecke. Er wurde hierauf aus dem Haus verwiesen.

-----

SPD. London, 30. September (Eig. Drahtb.)

Ein Komitee, das über Einsparungen bei städtischen und anderen Behörden berichte, empfiehlt den Entzug des Stimmrechts für solche Personen, die städtische Armenunterstützung beziehen.

-----

SPD. Genf, 30. September (Eig. Drahtb.)

Aus Mangel an Rednern musste am Freitag die Vollversammlung des Völkerbundes ausfallen. Sie wird ihre Generaldebatte am Montag beenden und darauf die drei nichtständigen Ratsmitglieder wählen.

Die Kommissionen setzten auch am Freitag ihre Arbeiten fort, wobei in der vierten Kommission Rheinbaben-Deutschland für eine Herabsetzung der Gehälter der Völkerbundsbeamten angesichts der schwierigen Finanzlage eintrat. Die gleiche Haltung nahmen die englischen Redner ein.

-----

SPD. London, 30. September (Eig. Drahtb.)

Infolge des guten Ergebnisses der grossen englischen Anleihe-Konversion hat das Schatzamt den Plan für Emissionen aufgehoben oder wenigstens gelockert. Ausländische Emissionen bleiben weiterhin verboten.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

## Jugend ruft die Stunde.

-----

SPD. Für den Arbeiterjungen wie für den Bürgersohn, für das Proletariatsmädchen wie für die höhere Tochter ist die Gegenwart grau und die Zukunft völlig ungewiss. Die Jugend aller Volksschichten ist in eine furchtbare Lebensunsicherheit hineingeraten durch das vollständige Versagen und den unaufhalt-samen Zerfall des kapitalistischen Systems. Auf den Lippen von Millionen Jüngendlicher steht die anklagende Frage: "Was soll aus uns werden!?"

Tausende und Abertausende Jugendliche sind zum Nichtstun verurteilt. Verurteilt von wem? Von dem jetzt herrschenden System der Ausbeutung vieler nicht besitzender Menschen durch die wenigen besitzenden, von dem System einer Wirtschaft, in deren Mittelpunkt nicht der Mensch, sondern das Geldverdienen ohne Rücksicht auf die Wohlfahrt der Menschen steht. Dieses System heisst Kapitalismus. Es soll jetzt nach dem Wunsch und Willen der Adelsregierung wieder belebt und vor seinem Untergang bewahrt werden.

Wer rettet die Jugend vor dem völligen Verkommen? Wer bewahrt die Jugend vor dem völligen Zerfall ihrer körperlichen und geistigen Kräfte? Der Kapitalismus kann es nicht, weil er zu alt und greisenhaft geworden ist, um neues Leben zu zeugen. Die Jugend muss und will ihre Zukunft auf Neuland bauen. Gaukler zeigen der Jugend dieses neue Land einmal als "Drittes Reich", ein anderesmal als "Sowjetdeutschland". Die Sozialistische Arbeiterjugend ruft der Jugend zu: Lasst euch nicht täuschen von diesen Blendwerken! Werdet nicht zu Jüngern falscher Propheten!

Ihr Jungen dürft nicht nur glauben, dass es so oder so schon einmal besser werden wird. Euch hilft kein Thälmann und kein Hitler, ihr müsst euch selber helfen, in dem ihr Hand anlegt am Aufbau einer neuen Welt der Arbeit, der Menschlichkeit, des Sozialismus. Einzeln schafft ihr das nicht, da müssen wir uns zusammenschliessen. Die Sozialistische Arbeiterjugend ruft alle Jungen und Mädchen in ihre Reihen zu diesem gigantischen Werk, das wir nicht erst in der Zukunft, sondern heute und hier beginnen wollen.

Die Sozialistische Arbeiterjugend gibt euch das Rüstzeug dazu. Sie will euch erziehen zu neuen Menschen, die allein imstande sind die neue Welt zu bauen. Sozialistische Erziehung und Schulung waren nie notwendiger als heute. Not lehrt beten und an Wunschbilder glauben. Die Sozialistische Arbeiterjugend will die Jugend denken lehren. Die Jugend soll erkennen lernen die Ursachen ihrer Not; denn nur aus dieser Erkenntnis allein erwächst das richtige Handeln zur Ueberwindung der Not. Zu der Erkenntnis muss die Bereitschaft zum völligen Einsatz für den Sozialismus kommen. Wer erkannt hat, dass der Kapitalismus seine Pein verursacht, der wird sich ganz einsetzen für den Sozialismus, der allein der Jugend helfen und aus dem kapitalistischen Höllental herausführen kann.

Schwenkt ein zum Sozialismus, ihr Burschen und Mädchen! Nur im Einsatz für den Sozialismus bekommt euer Leben einen Sinn. Kommt zu uns, lernt mit uns, schult euch mit uns, kämpft mit uns! Auch freuen sollt ihr euch mit uns; denn die Sozialistische Arbeiterjugend ist kein Kloster, sondern eine Gemeinschaft lebensfreudiger Jugend. Jugend ruft die Jugend zu neuem Tun, zu neuem Leben für eine neue Welt. Hört den Ruf! Schliesst euch an! Hinein in die Sozialistische Arbeiterjugend!

-----

# Aus aller Welt

200 000 wandern!

Ein neues Kapital der Not in USA.

SPD. New York (Ende Sept.) Eig. Ber.

Die mit der sozialen Fürsorge betrauten amerikanischen Stellen stehen vor einer schweren Aufgabe. Es handelt sich darum, dem wachsenden Wandertrieb der arbeitsuchenden amerikanischen Jugend so schnell wie möglich Einhalt zu tun, da diese Erscheinung schon sehr bedrohliche Formen annimmt. Die Zahl der jungen Leute, die von Stadt zu Stadt ziehen, um Arbeit zu finden - aber meist vergebens - wird auf 200 000 geschätzt.

Diese soziale Erscheinung, die bis jetzt in den Vereinigten Staaten völlig unbekannt war, ist durch die Wirtschaftskrise verursacht. Tausende von arbeitslosen Vätern und Müttern sind gezwungen, ihre noch jungen Söhne auf der Suche nach ihrem Lebensunterhalt sich selbst zu überlassen. Sie denken dabei an ihre eigene Jugend, vergessen aber daran, dass sich in der Zwischenzeit die wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund auf verändert haben, und dass "zu ihrer Zeit", besonders auf dem Lande, viel leichter war, Arbeit zu finden.

So verlassen die jungen Leute ihr Heim in der Hoffnung, sich ihren Lebensunterhalt anderswo zu verdienen. Aber an keinem Ort, wohin sie auch immer auf der Suche nach Nahrung und Unterschlupf kommen, können sie länger als 24 Stunden bleiben. Sie müssen also weiter wandern und machen im nächsten Ort dieselbe bittere Erfahrung. Eine ziellose Wanderschaft beginnt, die je nach der Jahreszeit von Stadt zu Stadt und von Hof zu Hof führt. Bald wird das heimatlose Umherziehen zur Gewohnheit.

In den zu Schlafsälen umgewandelten Güterwagen und sogar in den von der Polizei zur Verfügung gestellten Unterkünften treffen die zum Teil kaum Vierzehnjährigen mit allen möglichen Individuen zusammen, deren nicht gerade moralischer Einfluss verhängnisvoll werden kann; und die grosse Gefahr, die der sozialen Struktur Amerikas durch die wachsende Armee dieser jungen Menschen droht, die so leicht zu berufsmässigen Vagabunden werden können, ist nicht zu unterschätzen. Tausende von diesen jungen Landstreichern durchwandern das Land auf den grossen Strassen und halten die vorüberfahrenden Autos an, um sich in die nächste Stadt mitnehmen zu lassen. Die Polizei nimmt sie nicht mehr fest; die Gefängnisse würden nicht ausreichen. Als einer dieser jungen Tüppelbrüder bei dem Versuch auf einen fahrenden Güterzug aufzuspringen unter die Räder kam und tödlich verunglückte, und das Wohlfahrtsamt die Eltern benachrichtigte, erhielt es zur Antwort: "Bitte veranlassen Sie das Nötige zur Beerdigung, wir haben kein Geld."

Nach einem offiziellen Bericht wurden im vergangenen Winter in einer westamerikanischen Stadt nicht weniger als 35 junge Leute halb erfroren in einem Güterwagen aufgefunden. In furchtbarem Zustand brachte man sie ins Krankenhaus. Und nach den Berichten einer amerikanischen Eisenbahngesellschaft fand man in den letzten 6 Monaten in den im Depot stehenden Wagen gegen 50 Personen tot auf und mehrere hundert Kranke und Verkrüppelte...

Dr. K.

+

+

+



## Die Auftraggeber...

Der Kriminalroman in der Röntgenstrasse - Graf Helldorf macht "Krankenbesuche" - Sondergericht soll Detektivarbeit leisten.

SPD. Das Versagen der Berliner Polizei bei den Ermittlungen über die Schiesserei in der Röntgenstrasse am 29. August, die das Berliner Sondergericht jetzt ahnden soll, führt dazu, dass Staatsanwaltschaft wie Verteidigung noch während der Verhandlung andauernd neue Ermittlungen anstellen. Täglich gibt es neue Sensationen; die Wirklichkeit schreibt hier einen Roman, wie ihn sich kaum ein Kriminalschriftsteller spannender ausdenken kann. Täglich schält sich aber auch die Schuld der Nazis klarer heraus. Das Gericht hat bisher noch nicht für nötig befunden, einen der schwerbelasteten Nazis festnehmen zu lassen.

Dr. Litten, der Verteidiger sämtlicher Angeklagten ausser Calm, machte am Spätnachmittag des Freitags folgende sensationelle Bekundung: Am 24. September erschien in meinem Büro ein Mann, der sich Lorenz nannte und folgendes (gekürzte Wiedergabe) zu Protokoll gab:

"Ich wurde am 28. August in das Krankenhaus Westend eingeliefert. Einen Tag später wurden die bei der Röntgenstrassen-Schiesserei verletzten SA-Männer Kammann und Kwiatkowski ins Krankenhaus Westend überführt. Sie wurden in die Betten rechts und links von mir gelegt. Die SA-Männer erhielten täglich Besuch von uniformierten und nichtuniformierten SA-Leuten; u.a. erschien auch Graf Helldorf. Den hauptsächlichsten Inhalt der über mein Bett hinweggeführten Gespräche bildeten Vereinbarungen über die im bevorstehenden Prozess zu machenden Aussagen. Keiner sollte angeben, wer vor Beginn der Schiesserei draussen Posten gestanden hat. Kwiatkowski sagte: 'Hoffentlich behalten sie uns nicht da'. Zu einer besonders lebhaften Auseinandersetzung kam es am Tage nach der ersten Vernehmung vor dem Gericht, weil einer der beteiligten SA-Leute zugab, Posten gestanden zu haben. Zu einem der SA-Besucher wurde gesagt: 'Du Affe, wer hat Dir gesagt, dass Du das aussagen sollst'. Kwiatkowski äusserte zu einem: 'Wenn Du nicht losgeballert hättest, wäre alles ganz anders gekommen.' Einmal kam ein SA-Mann in Zivil, traf aber Kwiatkowski nicht an, weil er zum Termin war. Da sagte der Besucher zu mir: 'Einer hat gesagt, dass er Posten stand. Fehlt nur noch, dass er erzählt hat, dass ich der andere war.' Ein anderer unbekannter Besucher äusserte: 'Jetzt hab ich überall herumgefragt, wo noch Knarren sind; und jetzt werden doch noch die zwei Dinger gefunden. Was meinst Du, was ich mir eingehandelt hätte, wenn die mich gekriegt hätten'. Am 31. August erfolgte der Besuch von einem gewissen 'Maiko'. Einmal kam es auch zu einer Auseinandersetzung zwischen Kwiatkowski und seiner Ehefrau; Frau Kwiatkowski sagte zu mir: 'Der wäre schon oft alle gegangen, wenn er mich nicht hätte; ich muss immer die Knarre vorn in meine Bluse reinstecken.' Einmal hat Kwiatkowski geäussert, er macht vor dem Gericht überhaupt keine Aussage mehr, er will sich hinter den Oberarzt stecken. Kwiatkowski hat ferner erzählt, dass er mit einem gewissen Maschewski einen Zusammenstoss gehabt hätte; Maschewski sei durch drei Stiche in den Unterleib verletzt worden; was er, Kwiatkowski, über den Fall bei seiner kommissarischen Vernehmung im Krankenhaus aussagen soll, wurde ihm von der Hedemannstrasse (dem Berliner Gaubüro der NSDAP) schriftlich übermittelt. Ich habe dieses Manuskript gesehen."

Dieses Protokoll stellt, falls es sich auch nur zum Teil als den Tatsachen entsprechend ausweist, die tollste Belastung des Sturm 33 und darüber hinaus der NSDAP, dar, die man sich überhaupt vorstellen kann. Rechtsanwalt Litten führte aus, dass er selbst an der Wahrheit zweifeln würde, wenn nicht

Lorenz so äusserst detaillierte Angaben gemacht hätte, die er sich keinesfalls aufgrund der bisherigen Berichte in der Presse konstruieren konnte. "Maiko" sei der nur in "Fachkreisen" bekannte Spitzname des steckbrieflich gesuchten, angeblich flüchtigen "SA.-33"-Führers Maikowski. Maschewski, dessen Fall noch gar nicht öffentlich behandelt worden sei, habe sich während der Freitag=Verhandlung bei ihm melden lassen; es stimme: Maschewski habe den Zusammenstoss mit Kwiatkowski gehabt. Es sei auch bereits festgestellt, dass Lorenz zu der angegebenen Zeit im Krankenhaus Westend gelegen habe. Nur die eigenen Personalangaben von Lorenz scheinen falsch zu sein. An der Adresse, die er bei Dr. Litten hinterliess, ist er nicht mehr zu ermitteln. In=des ist das Gericht vorerst gewillt, den von Dr. Litten zu einem Beweis=trag verdichteten Angaben des Lorenz'schen Protokolls - trotz des selbstver=ständlichen Widerspruchs der nationalsozialistischen Anwälte - nachzugehen.

Die Nazianwälte können überhaupt nicht rasch genug die Köpfe der Angek=klagten rollen sehen. Der eine von ihnen meinte, dass die am Freitag gemach=ten Aussagen des Zeugen Pfarrer Hoff "gottseidank" klar waren: Pfarrer Hoff, der erst auf wiederholtes Befragen zugabe, dass er Nationalsozialist sei, bekundete, dass vermutlich die Kommunisten geschossen hätten; Beweise brach=te er nicht. Hingegen fanden sich auch wieder verschiedene Entlastun=szeugen für die Kommunisten. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin die kommunisti=schen Zeugen unvereidigt zu lassen, die nationalsozialistischen hingegen zu vereidigen. Ob die Nationalsozialisten geschossen hätten, habe das Gericht nicht zu prüfen....

Ego.

+ + +  
Nazimörder! In Berlin=Neukölln schoss am Freitag=Mittag nach kurzem Wortwechsel der 18jährige Nationalsozialist Heinz Schüler den 23jährigen Kommunisten Willi Faltin nieder; ausserdem erlitt ein unbeteiligter Stras=senpassant eine schwere Kiefernverletzung. Schüler flüchtete. Ein Polizei=beamter in Zivil setzte ihm nach. Schüler konnte nach längerer Verfolgung gefasst werden. Nur mit Mühe gelang es, ihn vor den Lynchversuchen der er=regten Bevölkerung zu schützen.

+ + +  
Grossfeuer. Ein Teil der Motardwerke in Berlin=Spandau fiel einem Grossfeuer zum Opfer; die Entstehungsursache steht noch nicht fest. Die Belegschaft der betroffenen Kerzenfabrik konnte sich rechtzeitig in Si=cherheit bringen. Die Löscharbeiten, an denen sich zahlreiche Züge der Ber=liner Feuerwehren beteiligten, gestalteten sich ausserordentlich schwierig. Zeitweise war das brennende Fabrikgebäude in fast undurchdringliche Qualm=schwaden eingehüllt. Glücklicherweise konnte der Brand noch rechtzeitig gegen ein anliegendes Oellager abgegrenzt werden.

+ + +  
§ 218! Vom Schwurgericht Köln wurde eine Frau wegen gewerbsmässiger Abtreibung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt; 10 mitangeklagte Frauen erhielten wegen passiven Vergehens gegen § 218 Gefängnisstrafen von drei Wochen bis zu zwei Monaten bei teilweisem Strafaufschub; 2 Männer, die ih=rer Frau bzw. Braut das Geld zur Bezahlung der Operation gegeben hatten, kamen ebenfalls mit geringen Gefängnisstrafen davon. Der Staatsanwalt hatte gegen die Hauptangeklagte 1,6 Jahre Zuchthaus beantragt. Die Verhandlung entrollte das für diese Zeit typische Bild sozialer Not, die erst den An=lass zu den Vergehen lieferte.

+ + +  
Brand in der Autofabrik. In der Lackiererei der Frankfurter Adler=werke brach am Freitag=Mittag ein Brand aus; der Sachschaden ist ziemlich bedeutend.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

## Sabotage?

### Streiks, Notverordnung und Wirtschaft.

SPD. Die Abwehrbewegung der Arbeiterschaft gegen den durch die Notverordnung an verschiedenen Stellen wieder neu angekurbelten Lohnabbau hat Regierung und Unternehmer nervös gemacht. Die Regierung unterstreicht in einer neuen Erklärung noch einmal ihren bereits bekannten Standpunkt, dass in der Anwendung der Verordnung durch den Arbeitgeber eine Verletzung weder des Arbeitsvertrages noch des Tarifvertrages gefunden werden könne. Sie betonen, dass die Behauptung, die Gewerkschaften aller Richtungen hielten die Streiks für berechtigt, sich als unrichtig erwiesen habe, und versichert, es sei anzunehmen, dass der gewaltsame Widerstand gegen Grund und Zweck der Verordnung an dem Verständigungswillen der Betriebe und ihrer Belegschaften scheitern werde. Die Unternehmerpresse fährt bereits scharfes Geschütz gegen die Gewerkschaften auf. Sie wirft ihnen Sabotage an dem sozialen und wirtschaftlichen "Gesundungswerk" der Regierung vor und droht von neuem versteckt mit einem Streikverbot.

Was die Herrschaften nur wollen! Auch das Reichsarbeitsministerium wird zunächst wohl oder übel einmal die Entscheidung der Gerichte in dem Rechtsstreit um die Notverordnung abwarten müssen. Ihr fortwährender Hinweis, dass ihre Rechtsauffassung richtig sei, ist durchaus überflüssig. Natürlich ist eine Beseitigung der durch die Notverordnung geschaffenen Konfliktsursache dringlich, vor allem für die Regierung. Man kann verstehen, dass sie um ihr Ankurbelungsprogramm besorgt ist. Allein schuld an dem ganzen Konflikt hat doch nur die Regierung selbst. Die gegen die Gewerkschaften in der Unternehmerpresse, die heute zum grossen Teil als Regierungspresse betrachtet werden muss, erhobenen Vorwürfe sind durchaus unbegründet. Hätte die Regierung rechtzeitig eingelenkt und die offenkundigen Fehler der Lohnnotverordnung korrigiert, dann hätte sich auch keine neue Streikwelle bilden können. Die Lohnnotverordnung ist doch wirklich alles andere als ein Meisterstück. Die Unternehmerpresse sagt es selbst. Die undurchdachten Bestimmungen der Notverordnung und nicht die Gewerkschaften sind daran schuld, wenn das Arbeitgeberlager gespalten ist und die Arbeitnehmer sich zu einer Gesamtabwehr gegen einen neuen Lohnabbau zusammenschliessen. Es ist doch nun einmal eine Sinnlosigkeit, ausgerechnet einem Unternehmer, der Arbeitskräfte einstellen kann, die Möglichkeit zum Lohnabbau zu geben, und dem, der entlassen muss, die Lohnsenkungsmöglichkeit zu nehmen. Dazu führt aber doch praktisch die Notverordnung. Sie hat unmögliche Konkurrenzverhältnisse geschaffen und damit vor allem das Arbeitgeberlager durcheinander gebracht. Auf der andern Seite bleibt doch nach wie vor die Tatsache bestehen, dass die Gewerkschaften von Anfang an sich nur gegen eine neue Zerstörung der Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung gewehrt haben. Sie waren für die Mehreinstellung und für die Arbeitsstreckung. Sie haben auch ihre Bedenken gegen die Einstellungsprämie zurückgestellt. Nur gegen einen neuen Lohnabbau waren sie von Anfang an und sind sie noch heute und das mit Recht; denn nur ein Narr begreift heute noch nicht, dass neuer Lohnabbau nur neues Elend schaffen muss.

Nicht die Gewerkschaften üben Sabotage am "Gesundungsprogramm", sondern

der Lohnabbau schlägt die Arbeitsbeschaffung tot, und wenn die Regierung, so betont mit Recht die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des ADGB, den Weg zu einem neuen Lohnabbau beschritt, dann nicht weil sie einer wirtschaftspolitischen Einsicht folgte, sondern wohl nur, weil sie, einem den Unternehmern gegebenen Versprechen folgend, Wege zu einer "Auflockerung" des "starren Tarifvertrages" suchte.

Die Sachlage ist für jeden, der sehen will und sehen kann, durchaus klar, und die Herrschaften, die heute von einem Generalangriff gegen das Kabinett Papen unter Führung der Gewerkschaften jammern, müssen sich bei ihrer eigenen Nase nehmen. Sie haben sich mit ihrem Kampf gegen den Tarifvertrag wie überhaupt mit der ganzen Uebersteigerung des antisozialen Kurses, selbst eine Suppe eingebrockt, die sie wohl oder übel auslöffeln werden, und wenn sie auch noch so bitter schmeckt. Wenn ihnen der "Gesamtangriff" der Arbeitnehmer schwere Sorge macht - ja, das alte Sprichwort: "Wer andere eine Grube gräbt, fällt selbst hinein" scheint noch immer seine Geltung zu haben. So lange die Notverordnung so bleibt, wie sie ist, bleibt der Arbeiterschaft gar nichts anderes übrig, als sich zu wehren, wenn man sie mit weniger als Wohlfahrtsunterstützung nach Hause schicken will. Die Gewerkschaften könnten, selbst wenn sie wollten, die Arbeiterschaft auch gar nicht an den Notwehrakten hindern. Die Weisheit am Grünen Tisch, die die Lohnnotverordnung ausheckte, hat eben vergessen, dass es für alles im Leben eine Grenze gibt - auch für den Lohnabbauirrsinn.

Wer das "Gesundungsprogramm" der Regierung retten will, d.h. wer aus diesem Programm etwas halbwegs Vernünftiges machen will, der darf mindestens nicht immer von neuem die Gewerkschaften verprellen. Das dumme Gedrohe mit dem Streikverbot sollte nun endlich einmal aufhören; denn mit solchen Drohungen macht man doch wirklich nicht die Gewerkschaften geneigt, der Regierung die Katze durch den Bach zu schleifen, d.h. mitzuhelfen bei einem Versuch, die offenkundigen Sinnlosigkeiten und Missgriffe in der Lohnnotverordnung zu beseitigen. Die Lohnnotverordnung muss aber revidiert werden. Auch bei den Arbeitgebern sieht man das ein. Diese Lohnnotverordnung ist aber ein wichtiger Stein in einem Gebäude. Fällt der Stein, dann wird bald noch mehr fallen, und dazu bedarf es denn gar nicht einmal eines Generalangriffs gegen die Regierung Papen. Die Scharfmacher haben mit ihrem Vorstoss gegen die Gewerkschaften sich und ihre Regierung in eine Sackgasse manövriert. Die Arbeitgeber selbst werden eines Tages nach den Gewerkschaften rufen.

SPD. Wer Teufel austreiben will, muss vor allem selbst rein sein. Die Hamburger KPD kennt diesen Satz allem Anschein nach nicht. Ihre Arbeitgebermanieren sind so brutal wie die der schlimmsten Scharfmacher.

Da hat die Bezirksleitung Wasserkante der KPD, wie vor einigen Tagen die kommunistische "Hamburger Volkszeitung" meldete, eine Stenotypistin Ida Göbelhoff angeblich wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen. Ein merkwürdiger Ausschluss; denn er erfolgte, obwohl tatsächlich das ausgeschlossene "Mitglied" bereits vier Wochen vorher seinen Austritt aus der KPD erklärt hatte. Was war vorgefallen?

Das ausgeschlossene Mitglied war 13 Monate lang beim Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands als Stenotypistin tätig. Die Angestellte erhielt das horrend hohe Gehalt von 18,80 Mark wöchentlich. Ende Juli wurde sie plötzlich entlassen mit der Begründung, man müsse sich einschränken, es sei kein Geld mehr da. Die Einschränkung bestand darin, dass vier Tage später eine neue Kraft eingestellt wurde. Diese

erhielt allerdings nicht mehr 18,80 Mark pro Woche, sondern nur noch 8,00 Mark

Es kommt aber noch schöner. Der entlassenen Stenotypistin wurde eine Entlassungsbescheinigung ausgestellt, wonach sie nicht 13 Monate, sondern nur 11 Monate beschäftigt war. Warum das? Weil der kommunistische Arbeitgeber seine Stenotypistin 11 Monate nicht versichert hatte. Die Entlassene machte einen Einigungsversuch. Als er scheiterte, erklärte sie, dass sie nun Anzeige erstatten müsse. Das machte der KPD grosse Sorge, und deshalb schaltete sich die Bezirksleitung der KPD in den Konflikt ein. Die schmählich betrogene Angestellte wurde zu einer Unterredung befohlen. Man verlangte von ihr, sie solle den Behörden erzählen, dass sie ehrenamtlich beschäftigt gewesen sei. Dieses Ansinnen lehnte die Stenotypistin ab. Um ihr die Hauptwaffe aus der Hand zu schlagen, lockte man ihr das Zeugnis, das eine Beschäftigung von 9 Monaten auswies, wieder heraus. Nun riss der Angestellten die Geduld: sie trat aus der KPD aus.

Die KPD als Arbeitgeber erscheint hier in bengalischem Licht.

SPD. Die Befreiung der im Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist über den 30. September 1932 hinaus bis zum 31. März 1933 verlängert worden.

SPD. Für die Färbereien und chemischen Waschanstalten in Köln fällt der Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch, nach dem die Löhne ab 1. Oktober um 6½ Prozent gekürzt werden. Das Abkommen soll bis zum 31. Januar 1933 Geltung haben.

Dem Bekleidungsarbeiterverband gelang es in einem Betrieb der Wachstuchbranche in Köln die 50prozentige Lohnkürzung der Notverordnung wieder rückgängig zu machen und darüber hinaus noch eine Schmutzzulage und andere Verbesserungen, sowie eine Nachzahlung von 200 Mark für zurückliegende Minderverdienste durchzudrücken.

SPD. Der Berliner Kempinski-Betrieb ist ernsthaft von Streik bedroht. Die Firma hatte vorgeschlagen, zum Zweck von Neueinstellungen auf dem Weg der Arbeitszeitverkürzung eine Arbeitsstreckung vorzunehmen. Die Gastwirtsgehilfen forderten dagegen die Einführung der Fünftagewoche, weil nur dadurch im Kempinskibetrieb praktisch eine fühlbare Mehreinstellung von Arbeitskräften sich ermöglichen lasse. Die Firma hat zunächst diese Forderung abgelehnt. Die Angestellten haben beschlossen, am Sonnabend Mittag in Streik zu treten, wenn bis dahin keine Einigung erzielt ist. Das Kempinskipersonal ist 2 500 Köpfe stark.

Auch das Berliner Möbeltransportgewerbe ist von Streik bedroht. Schuld daran sind die Unternehmer, die die Neuregelung des Tarifs über den Umzugstermin hinaus verschleppen wollten.

Im Scherlverlag ist im Konflikt eine kleine Verschärfung eingetreten. Auch die Facharbeiter der Buchbinderei haben sich der Streikbewegung angeschlossen.

SPD. Die Papen-Verordnungen haben im Baugewerbe ganz besondere Blüten gezeitigt. Infolge der grossen Zahl der Klein- und Mittelbetriebe im Baugewerbe sind die Voraussetzungen des § 1 der Verordnung vom 5. September 1932 leichter gegeben als in anderen Wirtschaftszweigen. Belegschaften von 2 Mann sind keine Seltenheiten, Vermehrung der Belegschaft um 50% deswegen ebenfalls leicht erreicht. Der Bauunternehmer braucht nur 1 Mann neu einzustellen und hat nach der Notverordnung das Recht der Lohnkürzung für die 31. bis 40. Stunde für alle Arbeiter um 50%.

Noch krasser wirken sich die Bestimmungen der Notverordnung aus, wenn die Gesamtlohnsumme eines Bauwerks in Betracht gezogen wird. Ein Vorfall macht das besonders klar. Ein Bauunternehmer hat an einem Siedlungshaus 8 Bauarbeiter beschäftigt. Es besteht aber am gleichen Objekt Arbeitsmöglichkeit für mehr Arbeiter. Ohne Notverordnung hätte der Unternehmer keinen Arbeiter mehr eingestellt. Jetzt stellt er 2 Arbeiter neu ein. Grund dafür ist die nunmehr mögliche Lohnsenkung für alle Arbeiter. Die tatsächliche Wirkung ist folgende: 8 Mann hätten für 10 Wochen Arbeit, 10 Mann haben für 8 Wochen Arbeit. Der Tariflohn für 8 Arbeiter beträgt in 10 Wochen Mk. 3.456.--. Der, infolge der 25% Mehreinstellung, gekürzte Lohn für 8 Wochen macht aber nur Mk. 3.096.-- aus. Dem Unternehmer fließen also, ausser sonstigen Ersparnissen, Mk. 360.-- in seine Tasche. Für diesen Mehrverdienst braucht er nichts zu tun. Er hat aber nicht nur die Arbeitsgelegenheit nicht vermehrt, sondern auch noch die Kaufkraft aller 10 Arbeiter um 360.-- Mark geschwächt und damit der Güterproduktion Schaden zugefügt. Dieser Fall ist typisch für das Baugewerbe.

Das alles nennt sich nun Ankurbelung der Wirtschaft, heisst also im Sinne der Regierung v. Papen Wirtschaftsbelebung durch vermehrte Kaufkraft. Ob sich die massgebenden Leute in der Regierung solcher Auswirkung ihrer Not-Verordnungen bewusst sind, möchten wir bezweifeln. Dass sie sich dieser Wirkungen bewusst werden - dafür wird aber die organisierte Arbeiterschaft sorgen.

=====

SPD. Am Freitag nachmittag wurde in Weissenfels vor dem Arbeitsgericht die von den Weissenfelser Schuhfabrikanten beantragte einstweilige Verfügung gegen den Streikbeschluss der Schuharbeiterschaft wegen des 50 prozentigen Lohnabzugs auf Grund der Notverordnung nach fünfständiger Verhandlung aufgehoben. Die Aufhebung erfolgte, weil der Zweigverein Weissenfels des Reichsverbandes der Deutschen Schuhindustrie als nicht aktivlegitimiert zur Beantragung einer einstweiligen Verfügung angesehen wurde. Die Kosten wurden den Antragstellern zugeschoben, der Streikwert auf 3 000 Mark festgesetzt.

Die Verhandlung für den Schuhmacher-Verband führten die Simon, Lex und Jung, die mit scharfen Worten die juristische und materielle Begründung für den Widerspruch gegen die einstweilige Verfügung vortrugen.

In einer stark besuchten Funktionärversammlung des Schuhmacher-Verbandes, die noch am gleichen Abend stattfand, wurde von dem Verhandlungsergebnis Mitteilung gemacht, die mit grossem Beifall aufgenommen wurde. Die Funktionäre verpflichteten sich, den Streik geschlossen weiter zu führen und sich von keiner Seite, weder von rechts noch von links, irre machen zu lassen in dem aufgezwungenen Kampf, der entscheidend für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands werden kann.

Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung bedeutet noch keine endgültige und auch noch keine sachliche Entscheidung. Bemerkenswert ist, dass der gleiche Richter, der die einstweilige Verfügung erliess, sie wieder aufhob.

=====



# Wirtschaft Technik Handel

250 Millionen Subventionen.

Die Regierung zahlt mit Schatzscheinen.

SPD. Das neue Notprogramm der Reichsregierung sieht auch die Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften vor. Diese Aktion des Reichs-ernährungsministers Freiherrn von Braun, der ja von den landwirtschaftlichen Genossenschaften kommt, wird den Steuerzahlern die runde Summe von 250 Millionen Mark kosten. Ausserdem wird mit dieser Aktion der von den Agrariern verlangte Stoss gegen die Zentralgenossenschaftskasse, die sogenannte Preussenkasse geführt. Das Institut, das von dem früheren Finanzminister in Preussen, dem "roten Klepper", wie er in der agrarischen Presse genannt wird, in jahrelanger mühevoller Arbeit reorganisiert und wieder arbeitsfähig gemacht worden ist, soll völlig den Grossagrariern ausgeliefert werden.

Der Streit zwischen den Grossagrariern und dem "roten Klepper" geht im Grunde genommen darum, dass Klepper sich weigerte, die ewigen Betriebsverluste in der Grosslandwirtschaft durch staatliche Subventionen zu bezahlen. Wäre man den Plänen Kleppers gefolgt, dann stünde es heute anders um die ostdeutsche Landwirtschaft. Dann hätte man allerdings nicht durch Osthilfemassnahmen bankrotte Grossbetriebe am Leben erhalten. Man hätte jedoch die Gesundung erzwungen und hätte dabei eine grosse nationalpolitische Mission (Siedlung) erfüllt. Aber dann hätten ja die Junker die Macht verloren. Leider hat sich die Regierung Brüning für einen radikalen Gesundungsprozess nicht entscheiden können. Jetzt, wo die Freiherren herrschen, geht es mit vollen Segeln in die frühere Subventionspolitik zurück. Das ist der Sinn der Projekte um die Preussenkasse.

Erst im Jahre 1929/30 hat man mit einem Aufwand von 125 Millionen Mark das verlotterte Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft wieder in Ordnung gebracht. Heute haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften sogenannte uneinbringliche Aussenstände in Höhe von rund 250 Millionen Mark. Das alles erklärt sich nicht nur durch die Agrarkrise. Hier spielen andere Dinge mit, z.B. übermässige Einstellung von früheren Offizieren, die nichts von den Dingen verstehen, Zahlung hoher Gehälter, viel Aufwand und Finanzierung nationalistischer Organisationen. Dort, in den nationalistischen Genossenschaftsleitungen, wo so viel von "roter Misswirtschaft" geredet wird, blüht der Weizen der Misswirtschaft leider allzu bedenklich.

Wenn die Genossenschaften nun 250 Millionen Mark Aussenstände haben, die sie selbst als Verluste ansprechen, dann ist es für uns selbstverständlich, dass die genossenschaftliche Haftpflicht aller an der Genossenschaft beteiligten Landwirte in Anspruch genommen werden muss. So kann man die Verluste zum grössten Teil decken. Das entspricht auch dem Ideal der Privatwirtschaft, wovon man jetzt in nationalistischen Kreisen so viel schwärmt. Aber dieser Schwarm scheint nicht für's Schuldenzahlen zu gelten. Wenigstens hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Genossenschaften in der Art zu sanieren, dass die Allgemeinheit die Kosten trägt. 40 Millionen sollen durch Abschreibungen auf Kapital und Reserven der Preussenkasse - das ist Geld der preussischen Steuerzahler - aufgebracht werden. Für die restlichen 200 Millionen Mark tritt das Reich in Form einer Hilfsaktion, wie bei der Bankensanierung, ein.

Mit öffentlichen Mitteln werden also Schulden der Landwirtschaft bezahlt.

Das ist so das privatwirtschaftliche Ideal der gegenwärtigen Regierung. Sehr schön heisst es in den agrarischen Verlautbarungen, dass, wenn "dem genossenschaftlichen Unterbau der bisherige Ballast (sprich: 250 Millionen Mark Schulden.Red.) ohne Inanspruchnahme der Haftsumme (sprich: mit Hilfe von Steuergeldern.Red.) abgenommen ist", dann soll der gesamte Genossenschaftsapparat wieder "ordnungsmässig und selbstverantwortlich arbeiten". Wir haben uns in den letzten Monaten in Deutschland an derartige Unsinnigkeiten und Unbegreiflichkeiten gewöhnen müssen, dass so etwas in der Öffentlichkeit hingenommen wird, ohne dass sie am Lachen erstickt. Also, die Landwirtschaft macht Schulden. Derjenige Mann, der den Standpunkt vertritt, dass jeder seine Schulden selbst zu zahlen hat - in diesem Fall der frühere Präsident der Preussenkasse und frühere Finanzminister Dr. Klepper -, wird als "roter Klepper" verschrien und als "Feind der Landwirtschaft" bekämpft. Die Regierung jedoch, die mit Steuergeldern Privatschulden zahlt, ist national und Erweckerin der privatwirtschaftlichen Initiative. Also, wenn die Steuerzahler geblutet haben, wird wieder - bisher war's nicht der Fall - "ordnungsmässig und selbstverantwortlich" gearbeitet. Bis zur nächsten Pleite!

Noch ein Wort darüber, wie die Regierung eigentlich die Gelder aufbringen will. Das ist nicht ganz so unwichtig, wie man das heute abzutun beliebt. Es wird heute von der Regierung eine Subvention nach der andern bewilligt. Aber es werden auch Steuern abgebaut. Es sind überall Leute da, die Geld von der Regierung verlangen und bekommen. Aber Steuern zahlen will keiner. Das dürfte nicht gut gehen. Die Regierung hilft sich mit - Schatzscheinen. Diese brauchen nicht unter allen Umständen ungünstige Folgen auf die Währungsverhältnisse zu haben. Es wird einem aber übel zumute dabei. Wir haben mit "Schätzen" zuviel in Deutschland erlebt.

-----

SPD. Die deutsche Kontingentierungskommission, die unter Führung des Ministerialrats Walter vom Reichsernährungsministerium steht, wird nächste Woche in Holland eintreffen. Die "Besprechungen" über die Kontingentierungsfrage sollen im Haag stattfinden.

Währenddessen zeigt sich in Holland, wie unser Amsterdamer Mitarbeiter berichtet, einmütiger Widerstand gegen die deutschen Kontingentierungsmassnahmen. Wie die Holländer denken, geht wohl am besten aus einem Artikel des Amsterdamer "Standaard" hervor, in dem es heisst, "dass man nicht erwarten darf, dass andere Länder dem deutschen Export seinen freien Lauf lassen werden, wenn Deutschland seinerseits den Export anderer Länder reglementiert". Der deutschfreundliche "Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt: "Nur die schlimmsten ostelbischen Junker könnten die Antreiber zu einer Agrarpolitik sein, wovon früher die Agrarier nicht zu träumen gewagt hätten".

Ebenso verbittert ist die Stimmung in andern Ländern. In Frankreich weist man darauf hin, dass Deutschland zur Kontingentierung greife, obwohl die Importe nach Deutschland sich in den letzten Jahren ständig verringert hätten. Die Ausfuhr an Käse von Frankreich nach Deutschland betrug, immer im ersten Halbjahr, 1930 = 7 450 dz, 1931 dagegen 4 890 und 1932 nur 1 280. Die Einfuhr von frischem Gemüse verringerte sich von 287 000 dz im Jahre 1930 auf 199 000 dz im Jahre 1931 und 77 000 dz im Jahre 1932. Man ist sich in Frankreich darüber klar, dass die Verhandlungen mit Deutschland wegen der Kontingentierung "sehr hart" sein werden.

Die holländischen Gartenbau-Verbände fordern offen den Boykott gegen deutsche Industriewaren. Grosse Industrievereinigungen haben den Boykott bereits eingeleitet. So teilt der Verband niederländischer Brauereien seinen

deutschen Lieferanten mit, "dass in den nächsten Wochen deutsche Produzenten und Händler den niederländischen Brauereien wieder zahlreiche Offerten in Gerste, Malz und Hopfen der neuen deutschen Ernte sowie in Maschinen machen werden; unter den gegenwärtigen Verhältnissen dürften die Angebote der deutschen Lieferanten weniger Erfolg haben als in früheren Jahren". Dabei wird ganz offen auf die deutschen Massnahmen gegen die Einfuhr holländischer Landwirtschafts- und Viehzuchterzeugnisse hingewiesen. "In Holland bricht sich immer mehr das Bestreben Bahn", so heisst es in dem Rundschreiben des Verbandes niederländischer Brauereien, "Bestellungen, die bisher an Deutschland vergeben wurden, bei andern Ländern zu machen; namentlich die niederländischen Brauereien haben den ernstesten Vorsatz, Maschinen, Gerste, Malz und Hopfen, die sie bisher in Deutschland zu kaufen gewohnt waren, dieses Jahr nicht aus Deutschland zu beziehen, soweit sie die gleichen Artikel anderwärts in derselben Qualität zu konkurrierenden Bedingungen erhalten können."

Das klingt deutlich. In der holländischen Presse wird dazu die Antwort einer deutschen Maschinenfabrik veröffentlicht, die im grossen und ganzen Phrasen, die die deutschen Nationalsozialisten über die Kontingentierung gedrechselt haben, zusammenfasst. Man kann sich vorstellen wie derartige Ungeschicklichkeiten auf die holländische Geschäftswelt wirken.

Eine erste Folge des einsetzenden Kontingentierungskampfes zeigt sich in der geplanten Verlegung des Bananentransports von Bremen nach Rotterdam. Die Bremer Bananen-Import-Gesellschaft beabsichtigt für den Fall der Durchführung der deutschen Kontingentierungsmassnahmen ihren Betrieb in Bremerhaven stillzulegen und die Bananen über Rotterdam einzuführen. Im Dienst dieser Firma standen noch im vergangenen Jahre 65 grosse Schiffe, während 62 kleinere Schiffe den weiteren Transport von Bremen nach den skandinavischen Ländern besorgten.

-----

SPD. Das Reichsstatistische Amt teilt über die Entwicklung des Teuerungsindex während des Monats September folgendes mit:

"Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich für den Durchschnitt des Monats September auf 119,5 gegenüber 120,3 im Vormonat. Der Rückgang beträgt somit 0,7 v.H. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,2 v.H. auf 110,5, Bekleidung um 0,4 v.H. auf 114,8, sonstigen Bedarf um 0,2 v.H. auf 164,7. Die Indexziffer für die Wohnung ist mit 121,3 unverändert geblieben. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung hat sich infolge des weiteren Abbaues der Sommerpreisschläge um 0,7 v.H. auf 135,2 erhöht.

-----

SPD. Der Senat des Reichsaufsichtsamts hat der Heimstättenfürsorge Siedlungs- und Bausparkasse in Berlin, der Merkuria-Volkstarif Zweck- und Bausparkasse G.m.b.H. in Heidelberg, der Allgemeinen Bausparkasse Friedeberg und der Mitteldeutschen Zweckspargesellschaft in Magdeburg den Geschäftsbetrieb untersagt. Die Untersagung wirkt wie ein Auflösungsbeschluss.

-----

SPD. In Berlin ist am Sonnabend Morgen die Deutsche Luftsport=Ausstellung, kurz Dela genannt, eröffnet worden. Wohl gemerkt, diese Ausstellung gilt nicht dem Luftverkehr, sondern dem Luftsport. Ob für diese Ausstellung ein dringendes Bedürfnis vorliegt, wird sich zeigen müssen. Das Berliner Mes= seamt hat - was ihm sicherlich nicht leicht gefallen ist - den Eintritts= preis von 1,50 Mark auf 1.- Mark heruntergesetzt. Man will eben Massen her= anziehen. Immerhin handelt es sich um ein finanzielles Experiment, das, je nach dem Kassenausfall, darüber entscheiden wird, ob Berlin in den näch= sten Jahren sein Ausstellungsprogramm auch noch einigermaßen in dem Um= fang durchführen kann, wie das bisher der Fall war.

Es mag im Zug der Zeit liegen, dass die Sportfliegerei hier und da von der Luftkrieg= und Giftgaspsychose angesteckt worden ist. So wird man in Berlin an einem grossen Flugsonntag "Luftangriffe" auf eine "vernebelte" Fabrik zeigen. Im besten Falle kann man derartiges mit dem Hinweis abtun, dass man schon Schaustücke haben muss, um zu dem notwendigen Kassenerfolg zu kommen. Technisch und wirtschaftlich ist davon kaum etwas zu erwarten. Anders liegt es bei der technischen Arbeit, die auf der Dela selbst zu se= hen ist. Dahin gehört zuerst die Fülle von Konstruktionen, die sich um das billige Sportflugzeug, das "Flugzeug des kleinen Mannes", drehen. Eine sol= che Maschine ist schon für 2 500 Mark herzustellen. Es handelt sich um einen Apparat der bekannten Konstruktionsfirma Messerschmitt mit einem DKW=Motor von 15 PS. Die Kleinmaschine ist durchaus flugtüchtig. Daneben finden wir als neuste Entwicklungsstufe das Windmühlenflugzeug in zwei verschiedenen Bauarbeiten (Ambi=Budd und Focke-Wulf). Unter den Kleinflugzeugen interes= siert vor allem das "überhaupt billigste Flugzeug der Welt", der vom Ber= liner Sturmvogel erbaute Apparat, der einen Aufwand von 900 Mark erfordert hat.

Der beste Teil der Dela dürfte sich wohl in der historischen Abtei= lung darstellen. Hier finden wir Erinnerungen an die Gebrüder Wright, Er= innerungen an Otto und Gustav Lilienthal, Erinnerungen an die berühmten Gleitflüge der Lilienthals, die einem der Brüder, Otto Lilienthal, das Le= ben kosteten. Beide Flugzeuge, das der Wrights und das der Lilienthals, fin= den wir im Original auf der Ausstellung. Zu sehen ist auch die Original= Rumpler-Taube, auf der Hirth seine berühmten Flüge ausführte. Wir finden weiter die Grade-Maschine und verfolgen dann den Weg des Flugzeugs von sei= nen ersten Anfängen im Jahre 1909 bis zur Gegenwart, ja darüber hinaus in phantasievolle Konstruktionen. Da ist eine Wochenendflugmaschine Modell Jahr 1940 zu sehen, ein schwanzloses Flugboot für einen Führer und zwei Passa= giere nach Patent Kleinhenz.

In der Sportfliegerei zeigt Klemm eine viersitzige Reisemaschine und ein neues zweisitziges Sportflugzeug. Auf dem Stand von Focke-Wulf ist die Type A 43 mit 200 Ps.-Argusmotor (8 Zylinder) zu sehen, das durch bequeme Anordnung der Sitze auffällt und die ungeheure Durchschnittsgeschwindigkeit von 230 bis 250 Stundenkilometern erreicht. Messerschmitt stellt seine für den internationalen Rundflug gebaute Type M 29 aus. Junkers ist mit einem Modell der Junker-Junior vertreten, bekanntlich die einzige Ganzmetall= Sportflugmaschine. Zu erwähnen wäre noch die Bastelwerkstatt und die ver= schiedenen Typen aus der Segelfliegerei. Wir finden hier neben der Maschine des Sturmvogels den Apparat des vor kurzem tödlich verunglückten Groenhoffs, mit der er den Flug von der Rhön nach Berlin zurücklegte; ferner eine in= teressante Konstruktion nach Professor Schmeidler-Breslau, ebenfalls ein Selbstbau, bei der die Tragflächen während des Fluges verbreitert bzw. ver= schmälert werden können, wodurch man die Möglichkeit hat, sich den jeweiligen Flugbedingungen anzupassen. Zu sehen ist auch ein Originalmodell des Segel= flugzeuges Pommernland, das die grösste von einem Segelflieger je erreichte Höhe, 3000 Meter über Start, erzielte.

## Roggen gestützt.

(Berliner Getreidebörse vom 30. September)

SPD. Bei lustloser Stimmung hatte die Berliner Produktenbörse am Freitag sehr ruhigen Verkehr. Das Weizenangebot war nicht gross, jedoch hielt sich auch der Bedarf in engen Grenzen. Die Kurse waren rückläufig; die Notierungen lauteten für prompte Ware um 2 Mark, am Markte der Zeitgeschäfte um 1 bis 1½ Mark niedriger. Der Roggenpreis wies keine nennenswerten Veränderungen auf. Die Absatzmöglichkeiten waren auch hier sehr klein; jedoch wurden die Stützungskäufe weiter fortgesetzt. Auch am Mehlmarkt zeigten sich keine Veränderungen. Die Nachfrage blieb sehr klein und erstreckte sich nur auf den dringendsten Tagesbedarf. Die Forderungen der Mühlen blieben unverändert. Hafer hatte im allgemeinen behauptete Tendenz

|                              | 29.9.                         | 30.9.         |
|------------------------------|-------------------------------|---------------|
|                              | (ab märkische Station in Mk.) |               |
| Weizen                       | 206 - 208                     | 204 - 206     |
| Roggen                       | 157 - 159                     | 157 - 159     |
| Bräugerste                   | 174 - 184                     | 174 - 184     |
| Futter- und Industriergerste | 167 - 173                     | 167 - 173     |
| Hafer                        | 134 - 139                     | 134 - 139     |
| Weizenmehl                   | 25,50 - 29,25                 | 25,50 - 29,00 |
| Roggenmehl                   | 20,65 - 23,10                 | 20,55 - 23,00 |
| Weizenkleie                  | 9,70 - 10,10                  | 9,60 - 10,00  |
| Roggenkleie                  | 8,50 - 8,90                   | 9,40 - 8,80.  |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 217 - 217½ (Vortag 217), Oktober 217 - 216 (217½), Dezember 217½ - 217¼ (218¼), März 221½ - 221 (222½), Roggen September 171 - 171½ (171), Oktober 166 - 166½ (166½), Dezember 167½ - 168 (167½), März 170½ - 171 (171½), Hafer September 145½, Oktober - bis 141½ (141½), Dezember 141 und Geld (142), März - bis 146.

## Berliner Viehmarkt.

(30. Sept.)

SPD. Der Auftrieb an Schweinen war gegenüber dem letzten Markt um rund 3 000 Tiere geringer, was jedoch die Marktlage kaum beeinflusste. Das Angebot genügte durchaus. Im ruhigen Handel gaben die Preise sogar nach. Auf dem Hammelmarkt führte grösseres Angebot teilweise zu einem stärkeren Preiseinbruch. Dagegen genügte der Auftrieb auf dem Rindermarkt nicht ganz. Das Angebot an Kälbern genügte.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 45 - 46 (45-47), b) 240 bis 300 Pfund 43 - 44 (43-45), c) 200 - 240 Pfund 41 - 43 (42-44), d) 160 bis 200 Pfund 38 - 40 (38-41), e) 120 - 160 Pfund 35 - 37 (35-37). Kühe: a) 25 - 26 (23-24), b) 21 - 23 (20 - 22), c) 17 - 21 (17 - 20), d) 10 - 16 (10-16). Kälber: b) 45 - 51 (45 - 54), c) 35 - 45 (38 - 50), d) 20 - 30 (23-32). Schafe: a) 33 - 35 (36), b) 31 - 33 (33-34), c) 27-30 (28-32), d) 12 - 25 (15-25).

# Kunst und Wissen

## UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 30. September 1932.

Mein Freund, der Stromer.<sup>x</sup>

-----

SPD. Vor vier bis fünf Jahren lernte ich ihn kennen. Da ich eines Tages vom Gericht, wo ich als Berichterstatter tätig war, zum Mittagessen heimkehrte, hantierte er im Vorgarten meines Hauses. Er hatte gebettelt, und meine Frau hatte ihm Arbeit angeboten. Die hatte er seltsamerweise auch angenommen. Doch sie schien ihm auch zu behagen; denn ich hörte ihn hernach lustig pfeifen. Nach dem Abendbrote sah ich ihn mir etwas genauer an. Es war ein alter Stromer. Aber kein Typ der herkömmlichen Art, kein verwildertes Haupthaar, kein zerzauster Petrusbart, kein zerknittertes Gesicht, sondern ein Borstenkopf und glattrasiert und ein paar helle Augen, dabei freilich verwittert und verwettert von oben bis unten, wie jemand, der wochenlang kein Dach überm Kopfe gehabt hat. Seine Habseligkeiten trug er in einer Ledermappe bei sich. Sesta hiess er und stammte aus dem Oberschlesischen.

Vierzehn Tage blieb er gleich bei uns. Im Gartenhäuschen schlug er Abends mit Hülfe einer Matratze und einiger Decken sein Lager auf. Tagsüber bastelte und hantierte er in Haus und Garten. Allenthalben fand er etwas zu flicken und zu ändern. Er wurde aber auch mit allem fertig, als wäre er durch die Schule aller Handwerke gegangen. Nach zwei Wochen war dann alles in Ordnung, und er tröttele sich.

Doch im nächsten Frühjahr stellte er sich wieder bei uns ein. Diesmal blieb er schon drei Wochen. Ich versorgte ihn mit einer überflüssigen Pfeife und Tabak, und er führte mich dafür in die Geheimnisse der Kundensprache und der Zinken ein. Er war ein gründlicher Kenner; ich habe viel bei ihm gelernt. Nur, wenn er sich in selbstgewählten Pausen zu einer Pfeife Tabak zurückzog, durfte ihn niemand stören. Da setzte er sich in satter Behaglichkeit gleich den Indianern Perus, wenn sie ihren Koka kauen, in eine verschwiegene Ecke und sass und rauchte in fast religiöser Versenkung. Regelmässig, wie das Mädchen aus der Fremde fand er sich nun Jahr für Jahr ein. Meine Frau rechnete schon damit und hob allerlei Hantierung und Reparatur für ihn auf.

Dann aber trat das Ereignis ein, das mich dem alten Stromer näher brachte. Ich sass im Einfachen Schöffengericht. Ein älterer Mann wurde aus der Haft vorgeführt; er sollte ein Hemd gestohlen haben. Ich hatte bei der Verlesung der Personalien nicht sonderlich acht gegeben; aber als ich einmal von meinen Notizen aufschaute, wen sah ich da in der Anklagebank? Meinen Freund Sesta. Im gleichen Augenblick hatte auch er mich entdeckt und senkte in tiefer Beschämung sein Haupt.

Er bestritt das ihm zur Last gelegte Vergehen. Natürlich, das war gar nicht anders zu erwarten. Der Vorsitzende fragte ihn: "Sie haben an das Gericht geschrieben, dass Sie an Hand Ihres Notizbuches Ihren Alibiweis erbringen wollten. Wie ist das nun?" Sesta wurde verlegen, wand sich, stotterte.... "Ja oder Nein!" forderte der Vorsitzende. "Dann her mit dem Notizbuch!"

"Ich hab's nicht mehr," kam es unsicher heraus, und der Kopf sank noch tiefer. Ich fühlte, da war irgend etwas nicht in Ordnung.

Die Zeugin wurde vernommen. Es war die Frau, der das Hemd von der Bleiche genommen worden war. Sie hatte kurz danach gesehen, wie ein Mann im Weidenestrüpp hinterm Bach ein reines Hemd anzog.

"Ist das dieser Angeklagte gewesen?" forschte der Landgerichtsrat.

"Ich meine, er sei es gewesen!"



Diese unbestimmte Aussage genügte jedoch dem Vorsitzenden nicht. "Sie müssen bestimmt sagen können: Dieser Angeklagte ist es gewesen und kein anderer!"

"Das kann ich nicht," wich die Frau zurück. "Unter meinem Eide nicht." Sesta wurde mangels Beweises freigesprochen und aus der Haft entlassen. Als die folgende Sache aufgerufen wurde, trat ich an ihn heran: "Sesta!" Er sah mich an wie ein geprügelter Hund. "Kommen Sie heute Nachmittag mal zu mir!"

Er stellte sich pünktlich ein. Wie ein gescholtener Schulbub stand er vor mir.

"Also, wie ist's, Sesta, haben Sie das Hemd gestohlen?"

Er schüttelte abweisend den Kopf.

"Was ist das denn mit dem Tagebuch?"

Er griff in die Tasche und zog ein Notizbuch hervor: "Darin steht, wo ich immer gewesen bin!"

"Auch von jenem Tage?"

Er blätterte und wies auf eine Stelle: "17. bis 25. September. Krummacher in Bergisch-Gladbach. Und am 19. soll ich in Bensberg gestohlen haben."

"Ja, aber weshalb in aller Welt haben Sie denn diese Notizen nicht vorgezeigt?"

Da sah mich der Stromer lange an: "Sie stehen auch darin....Hier: 3. bis 25. April."

"Was tut denn das?" fragte ich verständnislos. Und Sesta gab erstaunt zurück: "Sie haben doch eine Stellung am Gericht, und ich dachte, wenn die Herren Ihren Namen in meinem Buche sähen, das könnte Ihnen schaden!"

Noch fasste ich dies Wunder von Anständigkeit nicht, mit der er sich in seinem Gewissen beschwert fühlte, wenn mein Name mit seinem in Verbindung gebracht würde... "Und wenn man nun der Frau geglaubt hätte?" drang ich in ihn. "Ach," meinte er lächelnd, "es hätt' doch nur ein paar Tage gegeben!"

"Sesta," rief ich, um meine eigene Bewegung zu verbergen, "Sie sind ja ein Prachtkerl!" - Hatte er doch eher ins Gefängnis gehen als mich bloustellen wollen! Ich hätte ihn umarmen mögen.

So ist dieser Sesta, dieser Veteran der Landstrasse, der an wahrer und echter Menschenwürde und vornehmer Gesinnung unendlich mehr wog als so mancher meiner stolzen gesellschaftlichen Bekannten, mein Freund geworden. Er wird mich nun Frühjahr um Frühjahr besuchen, wird pfeifen und hantieren als Bettler und König und wird mir einen Geruch von Acker und Erde, Sonne und Regen, Wind und Wetter ins Haus bringen!

Wilhelm Lennemann.

### =====

### Eine historische Wespe.<sup>x</sup>

### =====

SPD. Wespenurahnen gab es schon in jenen Erdzeitaltern, da über Mitteleuropa ein blaues, warmes Korallenmeer rauschte, dessen stehen gebliebene Riffe heute noch, gleichsam zur Erinnerung an jene Periode, den Namen Kreide tragen. Auch das spätere urweltliche Paradies der deutschen Palmen, Lotos- und Kampferbäume, das Tertiär, entbehrt ihrer nicht, denn zwischen Blättern und Farnabdrücken tragen die Braunkohlen zuweilen auch Spuren von Flügeln und Chitinkörpern, die beweisen, dass die uralten Wespengrossmütter ihren heute lebenden Enkeln fast aufs Haar ähnlich gesehen haben.

Die früheste historische Wespe dagegen ist um sehr vieles jünger; sie zählt nur etwa dreitausend Jahre. Und da sie unter nicht ganz alltäglichen Umständen gefunden wurde, lohnt es sich vielleicht, sich ihrer zu erinnern. Ihre Heimat ist das Land der Mumien, Ägypten, und die Ursache ihrer Entdeckung

ist die berüchtigte, seit Jahrhunderten geübte Gewohnheit der Araber, die verschlossenen Gräber aufzubrechen und zu plündern. Dieser Gräberraub scheint in Ägypten allerdings, wie so vieles, bereits antike Mode gewesen zu sein, denn um sie vor Leichendieben zu retten, brachte man während der 20. Dynastie bereits - also etwa 1000 v. Chr. - mehr als 100 königliche Mumien samt Schätzen und kostbaren Särgen in einen völlig verborgenen Schacht bei Theben, so gut hinter Steinen vergraben, dass seine Kenntnis mit den Menschen jener Zeit ausstarb und im Sande der Wüste versank. Erst die Araber spürten die verborgenen Felsengänge, 12 Meter unter der Erde, wieder auf, und da sie töricht genug waren, kostbare dort gestohlene Papyri zum Kauf anzubieten, so wurden sie durch Strafen und Drohungen endlich dahin gebracht, die Lage des Schachtes zu verraten.

Unerhörte Kulturschätze an Schmuck, edlen Metallen, Waffen und Dokumenten lohnten die zugreifende Gerechtigkeit. Eine der verschollenen Königsmumien, die einst als Amenophis I. um 1557 v. Chr. ein Herrscher von unumschränkter Gewalt und göttlichen Ehren gewesen war, trug noch so reichen Blumenschmuck, dass man die Blüten erkennen und bestimmen konnte. Und mitten in ihnen sass, den Rüssel noch saugend vorgestreckt, eine Wespe, die wohl einst ganz in Duft und Farbenglut versunken, das Schliessen des schweren Holzdeckels versäumt hatte und miteingegesagt worden war, um erst 3000 Jahre später das Licht der Sonne wieder zu erblicken. Das trockene, oft mehr als hundert Jahre völlig regenlose Klima hatte ihren zarten Leib ebenso gut bewahrt wie den ihres einstigen Herrschers. Diese Erhaltung legt vielleicht das beste Zeugnis dafür ab, wie sehr die Natur das Leben ihrer Geschöpfe bestimmt, und dass es kein Zufall ist, Totenkulte und die Kunst der Einbalsamierung gerade in einem Lande zu finden, das keine eigentliche Verwesung kennt, und dass Völker und Sitten zeitlos werden mussten unter einem Himmel, der nicht einmal die Verstorbenen zurückgibt in den fruchtbaren Kreislauf des Seins.

R. Francé.

### ----- Das Baskenland. -----

SPD. Es ist ein elender Zug, der aus Santander durch unzählige Tunnel nach Bilbao fährt, aber der Eindruck dieser Reise ist dennoch sehr stark, trotzdem man schon lange vor Bilbao das kantabrische Gebirge mit all seiner Schönheit vergisst. Unvermutet wird das Auge durch das vom Spanienreisenden beinahe vergessene Bild der Fabrikschornsteine getroffen, und, ehe man's begreift, ist man schon mitten unter Werkstätten, Fabriken, Hochöfen. Man möchte fast fragen, ob man wirklich noch diesseits der Grenze sei, ob man sich noch auf spanischem Gebiete befinde; so verschieden ist dieses industrielle Spanien von allem bisher in Spanien Gesehenen. Selbst Katalonien ist ja ganz anders, denn dort ist vorwiegend Textilindustrie, die sich nach aussen hin nicht bemerkbar macht. In Bilbao dagegen ist man mitten unter Erzgruben und Schwerindustrie Hochöfen, Walzwerken, Eisenwerken. Schmalspurige Eisenbahnen durchziehen das Gebirgsmassiv, und Erze werden auf ihnen in die Wäscherei gebracht. Hoch in der Luft fahren die Hunte der Schwebebahnen, die das Eisen vom Berge nach dem Flusshafen hinunterschaffen, und schwarz ragen die Krane empor, die es verladen. Die Wagen der Drahtseilbahnen klettern steil in die Höhe. Sie bringen die Arbeiter, die nicht oben im Grubenbezirk wohnen, an ihre Arbeitsstätte, befördern Fracht und die Autos der Direktoren und der Touristen.

Auch in der Hauptstadt dieses Bezirkes, in Bilbao selbst, fühlt man sehr stark, dass man sich in einer Industriestadt befindet, die nicht mehr einen rein spanischen, sondern einen internationalen Charakter trägt. In den grossen und sehr eleganten Cafés hört man viel französisch, englisch und deutsch sprechen; die Gruben sind zu einem grossen Teile in Händen ausländischer Gesell-

schaften, die hier grosse Büros unterhalten.

Gross und belebt ist das Arbeiterviertel von Bilbao, trotzdem ein bedeutender Teil der Arbeiterschaft ausserhalb der Stadt in vielen kleinen Vororten, die zugleich Fabrikorte sind, wohnt. Die Zahl der Arbeiter ist sehr beträchtlich; man sagte mir, dass allein die Grubenarbeiter und die Metallarbeiter mehr als 100 000 Mann ausmachen. Natürlich ist gegenwärtig die Lage der Arbeiter schlecht. Die Arbeitslosigkeit wächst durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise, die in Spanien noch durch eine gewisse Sabotage der Unternehmer gegen die Republik verschärft ist, dauernd an. Eine genaue Statistik existiert hier natürlich ebenso wenig wie in den andern spanischen Provinzen. Immerhin konnte man mir annähernd die Zahl nennen, nämlich 12 bis 15 Tausend Arbeitslose, was bedeutend mehr ist als der sonstige Durchschnitt in diesem wenig industriellen Lande.

Man könnte vielleicht vermuten, dass eine solche Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Not die Arbeiterschaft dieser Provinz radikal stimmen, und es ist eine umso erfreulichere Ueberraschung, dass diese Befürchtung durchaus nicht zutrifft. In der Tat, die U.G.T., die sozialistischen Gewerkschaften sind hier die stärkste Arbeitergruppierung. Sie zählen über 50 000 zahlende Mitglieder. Nach ihnen kommen die nationalen Gewerkschaften, eine Spezialität des Baskenlandes, die mehr den nationalen baskischen Bestrebungen als den Arbeiterinteressen zugetan sind, dann erst die Anarchosyndikalisten und schliesslich die Kommunisten, die wenig zahlreich sind. Diese Entwicklung lässt sich gerade aus dem industriellen Charakter des Landes ziemlich leicht erklären. Im Baskenland entstanden die ersten sozialistischen Arbeiterorganisationen Spaniens, und der soziale Kampf nahm hier seinen Ausgang. Da aber in jenen Zeiten für den Klassenkampf nur eine einzige Parole galt, so ist es klar, dass die Arbeiterschaft dieser Provinz sozialistisch war. Später haben die vielen gewonnenen Arbeitskämpfe, und die immer straffer werdende Organisation die Arbeiter fester zusammengeschlossen. Sie sind deshalb neuen Kampfzügen weniger zugänglich als etwa die völlig unorganisierten Volksmassen in Andalusien. Immerhin zeigen die letzten Ereignisse gerade im Grubenbezirk von Bilbao, wo im Zusammenhange mit der Begnadigung des aufständischen Generals Sanjurjo Kundgebungen stattfanden, die einen blutigen Ausgang nahmen, dass die radikalen Elemente, wenn auch nicht zahlreich, so doch sehr aktiv sind.

Die sozialistischen Gewerkschaften führen in dem industriellen Gebiet einen sehr bewussten und sehr harten Kampf, um die Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Gegenwärtig geht es ihnen darum, eine Arbeitslosenversicherung ins Leben zu rufen. Bis jetzt wird den Arbeitslosen und ihren Familien nur auf dem Wege der Wohltätigkeit geholfen: die Stadtgemeinden speisen sie unentgeltlich. Künftig soll aber zum Zwecke der Arbeitslosenversicherung 1 % vom Lohne der Arbeiter abgezogen werden, und die gleiche Summe wie die Arbeitnehmer sollen auch die Arbeitgeber leisten. Die so erhaltenen Mittel werden freilich bei weitem nicht genügen, um halbwegs auskömmliche Unterstützungsgelder zu zahlen. Immerhin wäre damit der erste Anfang einer Arbeitslosenversicherung gemacht.

Es ist kaum zu glauben, dass im gleichen Baskenland, in dem ein so sachlicher und zielbewusster Kampf geführt wird, auch für einen provinziellen und kleinbürgerlichen Patriotismus Platz ist. Und doch ist das Baskenland sehr national und eine Hochburg des spanischen Katholizismus. Die Basken, die ausserordentlich stolz darauf sind, "reines" arisches Blut in den Adern zu haben, und die sich als die älteste Nation Europas betrachten, wollen unbedingt ihre alten politischen Freiheiten zurückgewinnen und erstreben eine Art Selbstverwaltung, wie sie kürzlich den Kataloniern zuteil geworden ist. Jedoch, wenn es in Katalonien eine *izquierda*, d.h. eine Linkspartei, gibt, die die autonomistischen Bestrebungen mit gewissen sozialen Idealen zu verbinden sucht, so sind es im Baskenlande hauptsächlich die Rechtsleute, die sich von Spanien in ihrer inneren Verwaltung isolieren wollen. Zunächst existierte ein Projekt, wonach die drei baskischen Provinzen mit der Provinz Navarra ein gemein-

sames Statut bekommen sollten. Doch bei der Zusammenkunft der Bürgermeister aus diesen Gebieten erwies es sich, dass die Navarren garnicht willens sind, zusammen mit den Basken vorzugehen, vielleicht, weil sie befürchten, dass die viel mächtigeren und reicheren Basken sie leicht unterdrücken könnten, vielleicht aber auch, weil die Navarren noch rückständiger und katholischer sind als die Basken. Dabei gilt heute "baskisch sein" schon als beinahe gleichbedeutend mit devot und frömmlicherisch. Denjenigen, die in Deutschland durch strenge Verordnungen am angenehmen Baden gestört sind, sei zum Troste gesagt, dass in den Bilbao benachbarten Strandortschaften drakonische Baderegeln herrschen. Allerdings hat selbst der katholische Alcalde (Bürgermeister) einsehen müssen, dass einfach nicht jeder in der Lage ist, sich eine Kabine zum Auskleiden zu leisten. So sind denn abgegrenzte Gebiete vorhanden, auf denen die von Gott und Sitte verlassenen Sünder sich im Freien umziehen und sonnen dürfen.

Die hundertprozentigen Basken mit ihrer Frömmigkeit oder Frömmelei, ihrer Sittsamkeit und ihrem Hakenkreuz, das ein nationales Abzeichen ist und mit dem deutschen Hakenkreuz nur eine leise Verwandtschaft aufweist, sind in ihren Baskenmützen in diesem industriellen Gebiete, wo Eisen ausgegraben, geschmolzen und bearbeitet wird, ein Anachronismus. Aber man bekommt bei ihnen wenigstens ganz hübsche und amüsante Bräuche und Sitten zu sehen, besonders wenn man sich von Bilbao ein wenig entfernt. Die baskischen Lieder und Tänze sind nicht mit Unrecht berühmt geworden. Ihre "Jota", eine figürliche Art Polka, ist ein Gemisch aller Tänze, temperamentvoll und launisch und doch voll Sentiment; ein echter Volkstanz. Und wenn man die Basken tanzen sieht - und dazu hat man dauernd Gelegenheit, denn sie tanzen stets und überall -, so sieht man, dass sie in aller ihrer nördlichen Kühle und frommen Sittsamkeit doch auch heissblütige dem Vergnügen hingeebene Spanier sind.

Sophie Kramstyk.

-----  
Richard Wagner 1848.<sup>x</sup>  
-----

SPD. "Wer ist denn Volk? Alle diejenigen, welche Not empfinden und ihre eigene Not als die gemeinsame Not erkennen oder sie in ihr inbegriffen fühlen." Diese Worte schrieb kein böser Marxist, sondern Richard Wagner, der heutige Musikapostel der Nazis.

In Richard Wagners Leben gibt es eine revolutionäre Periode, in der er seine Freundschaft mit den Unterdrückten und Entrechteten dokumentierte. Dieser revolutionäre Wagner ist heute vergessen. Offiziell versucht man seine "Entgleisung" von 1848 totzuschweigen. All den braven Bürgern ist der revolutionäre Wagner peinlich. Umgeben von schwarzer Reaktion, haben wir allen Anlass, die Maske ein wenig zu lüften und zu zeigen, dass auch Wagner, ehe er sich mit den Mächten der Finsternis verband, wohl wusste, welche Seite das Recht des Volkes anführte.

1848 hatte Wagner dem sächsischen Ministerium einen Entwurf, die Errichtung eines Nationaltheaters für das Königreich Sachsen betreffend, eingereicht. Dieser Entwurf wurde kurzerhand abgelehnt. Enttäuschung und Ärger darüber führten den damaligen Hofkapellmeister von Dresden in das Lager der republikanischen Verbände. Da das Haupt des republikanischen Vaterlandsvereins ein Kollege Wagners, der Musikdirektor und Abgeordnete Roeckel, war, so waren Verbindungen mit den Republikanern bald angeknüpft. Der republikanische Vaterlandsverein zählte über fünfzigtausend Mitglieder und war zu seiner Zeit der verbreitetste politische Verband Sachsens. Sein Wahlspruch war: "Des Volkes Wille ist Gesetz".

In die Listen dieses Verbandes schrieb sich Wagner nach kurzem Besinnen als Mitglied ein. Seine neugewonnenen Ueberzeugungen legte er in einem anony-

men Artikel für den "Dresdener Anzeiger" nieder. Die Arbeit hiess: "Wie verhalten sich republikanische Bestrebungen dem Königtum gegenüber?" Die Ansichten, die Wagner hier vertrat, waren reichlich verschwommen. Eine scharfe Feder führte er nur gegen die Adelskaste. In ihrer Niederwerfung sah er die Möglichkeit einer Einigung zwischen Monarchie und Republik.(?!). Nur dem König - so meinte er - solle man die Treue halten; er solle der erste Diener der Republik werden. Er allein bleibe der Führer. Wagner ruft aus: "Wir wollen den Untergang auch des letzten Schimmers von Aristokratismus! Keine erste Kammer mehr! Es gibt nur ein Volk, nicht ein erstes und zweites."

Trotz seiner Verbeugung vor dem König hätte Wagner dieses öffentliche Auftreten bereits damals den Verlust seiner Stelle gekostet, wenn nicht ein grosser Teil der Hofkapelle sich hinter ihn gestellt hätte. Die Folge war immerhin ein heftiges Intriguieren der Höflinge und die spätere Ablehnung des "Lohengrin" durch die Intendanz. Durch diesen Schlag erhielt Wagners revolutionäre Gesinnung erneuerten Auftrieb. Im Februar 1849 veröffentlichte er anonym einen weiteren Artikel in Roeckels "Volksblättern". Er hiess: "Der Mensch und die bestehende Gesellschaft". In ihm stehen folgende prächtige Sätze: "Im Jahre 1848 hat der Kampf des Menschen gegen die bestehende Gesellschaft begonnen. Dieser Kampf, er ist der heiligste, der erhabenste, der je gekämpft wurde denn er ist der Kampf des Bewusstseins gegen den Zufall, des Geistes gegen die Geistlosigkeit, der Sittlichkeit gegen das Böse, der Kraft gegen die Schwäche. Er ist der Kampf um unsere Bestimmung, unser Recht, unser Glück. Die Kraft zu diesem heiligen Kampfe kann uns nur erwachsen aus der Erkenntnis der Verworfenheit unserer Gesellschaft. Ist sie einmal erkannt, dann ist sie auch gerichtet."

Das Feuer revolutionärer Begeisterung erhielt kräftige Nahrung durch die allgemeinen empörenden Ausfälle der Dresdener Hofreaktion und die in diese Zeit fallende Bekanntschaft Wagners mit dem russischen Revolutionär Bakunin. Mit Bakunin, der in Dresden verborgen unter dem Namen Dr. Schwarz lebte, unternahm er vor den Toren der Stadt weite Spaziergänge. Auf ihnen empfing er Begeisterung für alles Schöne und Grosse. Sein Geist entzündete sich an dem russischen Feuerkopf. Ein folgender Artikel Wagners "Die Revolution", der Anfang April 1849 in Roeckels "Volksblättern" veröffentlicht wurde, stellt den Höhepunkt revolutionärer Begeisterung in Wagners Leben dar. Es heisst da: "Ja, wir erkennen es, die alte Welt, sie geht in Trümmer, eine neue wird aus ihr entstehen, denn die erhabene Göttin Revolution, sie kommt dahergebraust auf den Flügeln der Stürme, das hehre Haupt von Blitzen umstrahlt, das Schwert in der Rechten, die Fackel in der Linken, das Auge so finster, so strafend, so kalt, und doch, welche Glut der reinsten Liebe, welche Fülle des Glückes strahlt dem daraus entgegen, der es wagt, mit festem Blick hineinzuschauen in das dunkle Auge." Und dann weiter: "Sieh' hin, dort strömen Scharen heraus aus den Fabriken; sie haben geschafft und erzeugt die herrlichsten Stoffe sie selbst und ihre Kinder sind nackt, sie frieren und hungern, denn nicht ihnen gehört die Frucht ihrer Arbeit, dem Reichen und Mächtigen gehört sie, der die Menschen und die Erde sein eigen nennt. Sieh', dort ziehen sie heran, von den Dörfern und Gehöften; sie haben die Erde bebaut und zum freundlichen Garten umgeschaffen, und Fülle der Früchte, genügend für alle, die da leben, lohnte ihre Mühen, - doch sie sind arm und nackt und hungern, denn nicht ihnen und den anderen, die da bedürftig sind, gehört der Segen der Erde; allein dem Reichen und Mächtigen gehört er, der die Menschen und die Erde sein eigen nennt. Sie alle, die Hunderttausende, die Millionen, sie lagern auf den Höhen und blicken hinaus in die Ferne, wo die wachsende Wolke das Nahende befreit, den Revolution verkündet, und sie alle, denen nichts zu bedauern bleibt, denen man selbst die Söhne raubt, um sie zu tapfern Kerkermeistern ihrer Väter zu erziehen, deren Töchter mit Schande die Strassen der Städte durchwandeln, ein Opfer der niedrigen Lüste des Reichen und Mächtigen, sie alle mit den bleichen, gramdurchfurchten Gesichtern, den vor Hunger und Frost verzehrten Gliedern, sie alle, die nie die Freude kannten, sie lagern dort auf den Höhen."



und bebend vor wonnevoller Erwartung schauen sie mit angestrengtem Blicke der nahenden Erscheinung entgegen und lauschen in lautloser Entzückung dem Brausen des anschwellenden Sturmes, der ihrem Ohre entgegen trägt den Gruss der Revolution."

Einige Wochen später, im Mai 1849, bricht in Dresden der Volksaufstand aus. Das reaktionäre Kabinett Beust-Rabenhorst provozierte die Bevölkerung durch gewaltsame Auflösung der Kammern und Hinzuziehung preussischen Militärs. Wo hat in der Geschichte Preussen gefehlt, wenn finstere Reaktion am Werke war?

Mehrere Tage lang dauern die Kämpfe. Wagner läuft zwischen den Barrikaden umher, besteigt den Turm der Kreuzkirche, um den Kampf zu beobachten. Aktiv greift er nur einmal ein, indem er während eines mehrstündigen Waffenstillstandes Streifen mit der Inschrift: "Seid Ihr mit uns gegen fremde Truppen?" drucken lässt und eigenhändig unter den sächsischen Soldaten verteilt. Eine persönliche Teilnahme an den Kämpfen selbst ist nicht erwiesen.

Das Ende ist bekannt. Der Aufstand wurde niedergeschlagen. Wagner, der überhaupt glaubte, nichts Unlegales getan zu haben, musste flüchten. Er reiste nach Chemnitz, von dort, als die Regierung nach ihm fahnden liess, über Weimar nach der Schweiz.

Mit dieser Flucht ist die revolutionäre Lebensperiode Wagners für immer abgeschlossen. Was dann noch kommt, ist Vergessen, Verleugnung seines besseren Selbst und Kriecherei vor Fürsten. Wie so mancher Achtundvierziger hat auch der erfolgungsrige Wagner seinen Frieden mit der bürgerlichen Gesellschaft geschlossen.

Dr. Bert Lenth.

-----

SPD. Ein Bild Carl Severings.<sup>x</sup> Zur Erinnerung an die gewaltsame Amtsentsetzung der Preussenregierung am 20. Juli hat der Deutsche Textilarbeiter-Verband (Geschäftsstelle Krefeld) ein in Seide gewebtes Bild des sozialdemokratischen Innenministers Carl Severing anfertigen lassen, das die Unterschrift trägt:

"Ich weiche nur der Gewalt. C. Severing am 20.7.32."

Das sehr lebendige, kunstgewerblich vorzüglich ausgeführte Bild, das sowohl zum Aufhängen als auch zum Aufstellen eingerichtet ist, sollte gerade in diesem Wahlkampfe wegen seiner historischen Bedeutung und seines anfeuernden Eindrucks eine Massenverbreitung in der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterschaft und republikanischen Bevölkerung finden. Die Ortsausschüsse des ADGB und die sozialdemokratischen Parteiorganisationen, Buchhandlungen usw. wie auch die Organisationen der "Eisernen Front" können das Bild zum Vertrieb vom Deutschen Textilarbeiter-Verband, Krefeld, Nordwall 125, zum Preise von 38.-- Mark für 100 Stück beziehen, während der Einzelverkaufspreis 50 Pfennig nicht überschreiten soll.

-----

SPD. Faschistische Höflichkeit.<sup>x</sup> Ich stehe auf der Punta Tragara auf Capri und sehe hinunter auf die Faraglioni. Da kommt ein junger Mann auf mich zu. In Faschistenuniform. Er klopfte freundschaftlich auf meinen Ellbogen, deutet dann mit dem Zeigefinger aufs Wasser und sagt: "Signore, il mare! Monsieur la mer. Sir, the ocean. Mein Herr, der Meer!" Und dann streckt er trinkgeldheischend die Hand aus.

K.M.

-----

SPD. Die Wahrheit ist ein guter Hund, aber sie soll sich hüten, zu nahe den Fersen eines Irrtums zu bellen, damit ihr nicht der Schädel eingetreten wird.

Coleridge.